Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 9. Juli 1925
Donnerstag Morgen

Chefredakteur: Prof. Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernspr.: Amt Nollendorf 4783-88, 5980-88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags u. Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Norddeutsche Ausgabe

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei vorübergehender Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,50 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. — Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. —

64. Jahrgang
9. 7. m Nr. 318 10 Pfennig
Berlin - Frankfurt/M.

Das erste Ergebnis der Volkszählung.

Endlich ist das langersehnte Werk der Volkszählungsstande gekommen. Es war sonst — wenigstens in Preußen — Zaunkönigen, nach schweren Unglücksfällen innerhalb kurzer Frist sunächst erst mal über den Bestand der Bevölkerung und ihrer Gliederung sichere Kenntnis zu erlangen. Schon der Große Kurfürst liess unmittelbar nach der verheerenden Pestepidemie von 1683 das Volk zählen. Eine frühere Festsetzung des Volkszählungstermins war aber diesmal in der Tat kaum möglich. Im Chaos nach dem Zusammenbruch gebrach es zunächst an allen Voraussetzungen für das Zustandekommen einer hier nicht zu entbehrenden friedlichen Organisation, daraus glaubte man die Abstimmungsergebnisse in den in Frage kommenden Gebieten abwarten zu sollen, während in der Inflationszeit das vom Statistischen Reichsamt fortbetriebene Werk bei diesen parlamentarischen Kämpfen nicht nur um die Abweihr der kommunistischen Propaganda in Marokko, sondern man wird gut tun, in ihnen einen wesentlichen Bestandteil der Ursachen zu sehen, die

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

nördlich der französischen Postenkette. Trotzdem soll dieses Vorgehen, unterstützt durch die Arbeit der Sendboten, zur Folge gehabt haben, daß nördlich und südlich der französischen Postenkette von einer ganzen Reihe von Ortschaften bis zu den Selas hin einzelne oder Gruppen zu den Rifleuten übergingen, so daß „mehrere Posten isoliert oder eingeschlossen wurden". Hierbei ist zweifelsohne zu unterschlagen worden, daß französische Abteilungen — vermutlich die möglichst auffällig nach dem Norden gesandten Verstärkungen — Rekognoszierungen unternommen hatten und mit blutigen Köpfen heimgeschickt worden waren. Ohne solche Feine anfängliche Erfolge, deren Bedeutung durch eine objektivere Unterrichtung französischerseits erhöht wurde, hätten die 2800 Rif- und Berghalleute, denen auf der französischen Nordfront mindestens 20 000 Mann in befestigten Stellungen gegenüberstanden, auf die Glaubwürdigkeit der französischen Postengebiete seine Anziehungskraft ausgeübt.

Diese Vorgeschichte zeigt, daß der Riffeldzug — wie alle marokkanischen militärischen Aktionen — nicht militärisch, sondern politisch, als Mittel für politische Zwecke zu beurteilen ist. Es forderte Opfer: die Komödie der Bent-Snassen-Unterwerfung, die 1907 inszeniert wurde, um Marokkaner zu kommen, die Pfeifer Unruhen, die man 1911 arrangierte, um die Sultansresidenz zu besetzen, die Soldatenrevolte, die man im April 1912 machte, um europäische Verstärkungen und ein militärisches Oberkommando zu bekommen, das Poyanspielen mit Hiba, das man im August 1912 veranstaltete, um der französischen öffentlichen Meinung die Besetzung Marokkos plausibel zu machen: sie alle haben Opfer gefordert. Wenn die Opfer der Rifaktion höher sind als die mancher früheren ähnlichen Aktionen, so ist dafür auch der Einsatz höher: die Krönung des marokkanischen Werks. Sie würden noch viel höher sein, wenn sich — bei einem unfälligen europäischen Konflikte — eine europäische Macht erinnerte, daß Abd el Krim recht gut im Westen die Rolle spielen könnte, die Mustafa Kemal im Osten spielte. Wenn Daudiez durch Ueberreichung der Gefahren des Rifkrieges erreicht, daß Frankreich in Tanger Truppen landen kann, dann ist Tanger und damit die spanische Zone in französischen Händen. Und wenn es nicht erreicht, so hat sich ebenlautes Feuer-Feuer-Gefecht wenigstens den Erfolg gehabt, daß er viel Verstärkungen erhielt und damit für die endgültige Regelung des Schicksals der spanischen und der Tangerzone, d. h. der Meerengenfrage, in Marokko ein sehr schweres Gewicht in die Wagschale werfen kann.

Schulfragen im hessischen Landtag.

ag. **Darmstadt**, 8. 7. (Eigenbericht).

Die Beratungen des hessischen Landtages über den Staatsvoranschlag, die sich nunmehr schon Wochen hinziehen, sollen, wie der Präsident Adelung in der heutigen Sitzung erklärte, in der nächsten Woche zu Ende geführt werden. Unter Umständen sollen an diesem Tage die Nachmittags-Sitzungen benutzt werden, damit Mitte Juli der Landtag in die Ferien gehen kann. Bei der Beratung des Landesamtes für Bildungswesen, das schon einige Sitzungen hindurch behandelt wird, haben heute die Vertreter der Rechten gegen die Erklärung ab, daß sie für die Simultanschule seien, aber auch für den christlichen Charakter der Schule, und daß sie deshalb, nachdem auch der Demokrat Reiber sich dafür ausgesprochen hatte, als gesperrt gilt. Dagegen haben die Rechten hinsichtlich der Grundschule und Lehrerausbildung im Parlament weit auseinander. Während heute der deutschnationale Abgeordnete Werner erklärte, die Einheitsschule vernichte die höhere Schule, und die Hochschulbildung des Lehrers sei logisch nicht gerechtfertigt, trat der Leiter der Partei vor vielfjährige Grundschule ein. Bekanntlich ist bereits an der hiesigen technischen Hochschule ein solcher Lehrerausbildungskursus eingerichtet, an dem 50 Lehrer und Lehrerinnen teilnehmen.

Der württembergische Staatshaushalt genehmigt.

ud. **Stuttgart**, 8. 7. (Eigenbericht).

In einer Reihe von Sitzungen beschäftigte sich der württembergische Landtag in der letzten Zeit mit dem Staatshaushaltsplan für 1925, der gestern nachmittag genehmigt wurde. Die Kommunisten hatten allerdings einen Mißtrauensantrag gegen die von den Deutschnationalen, dem Zentrum und von der Deutschen Volkspartei gebildete Regierung eingebracht. Sie konnten aber nur auch die Stimmen der Sozialdemokraten gewinnen, während die Demokraten mit der Erklärung, sein Vertrauensvotum abgeben zu können, sich aber ihre Politik von den Kommunisten nicht vorschreiben zu lassen, sich der Stimme enthielten. Damit war der Antrag abgelehnt.

Der Etat für die besetzten Gebiete.

Matte Geschäftsordnungsaussprache.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern mit dem Haushalt des Ministeriums für die besetzten Gebiete. Dabei kam in erfreulicher Einmütigkeit zum Ausdruck, was jeder Deutsche ja stets im Herzen trägt, nämlich daß das Rheinland, das nicht oft genug gesagt werden kann; daß besetztes und unbesetztes Deutschland eins sind in ihren Sorgen und Hoffnungen, daß das zeitweise bitter empfundene Gefühl der Verlassenheit in der abgeschnittenen Westmark ein Trugschluß ist; daß die Künstliche Trennung uns immerhin nur um so fester geeint hat.

Im übrigen brachte die Aussprache die Erkenntnis mancher Fehler, die wieder gut gemacht werden müssen. Die im Ausschuß bereits beschlossene Beteiligung des Ministeriums mit einem eigenen Minister wurde erneut gefordert, Wiedergutmachung der Schäden versprochen, Hinderung der Besatzungslasten als Voraussetzung von Verhandlungen über eine französische Sicherheitsfrage begehrt. Der Wille zum freien Rhein, klar und einheitig ausgesprochen, — das war der Gewinn dieser Debatte.

★

Reichsminister der Justiz und der besetzten Gebiete, Dr. Frenken, erklärte, schon seine Anwesenheit mit dem Beginn der Sitzung auf Seite 5 berichten wie folgt:

Die schweren Opfer, die die Bevölkerung des besetzten Gebietes seit sechs Jahren in seelischer Hinsicht zu bringen hat, kann in vollem Maße nur der ermessen, der selber mitstehen muß. Diese Opfer müssen wenigstens auf materiellem Gebiet einen gerechten Ausgleich finden. (Lebhafte Zustimmung.) In der Fürsorge für die besetzten Gebiete sind auch die Länderregierungen tätig. Solange die Besetzung dauert, werden immer neue Notstände und Schwierigkeiten zu überwinden sein. Wir müssen stets aufmerksam und hilfsbereit sein und alle Kräfte anspannen, unseren Pflichten gegenüber dem besetzten Gebiet gerecht zu werden. (Möge die Bevölkerung der besetzten Gebiete immer mehr die Ueberzeugung gewinnen, daß wir treu und opferbereit zu ihr stehen. Treue um Treue sind unser Geldmis sein, gerade jetzt, wo die rheinische Bevölkerung bei zahlreichen Verantwortungen ihre feste Verbundenheit mit dem Deutschen Reich herzlich gelobte. Immerdar sei unser Ziel, die Befreiung von der Besetzung so nahe wie möglich zu rücken. Solange aber dieser Zug noch nicht angebrochen ist, müssen wir den deutschen Brüdern und Schwestern am Rhein und allen Mitgliedern der deutschen Familie die treueste Fürsorge entgegenbringen. (Lebhafter Beifall.)

Der Sozialdemokrat Kirschmann erklärte die Zustimmung seiner Partei zu der Besetzung der vorgesehenen Posten. Man müsse vorsichtig zu Werke gehen und Beamte des Reichsministeriums nicht in die Besetzung von Stellen mit den Ausführungen des Kanzlers konform gehen.

Der Deutschnationale Dr. v. Dryander führte aus: Die Schäden in den besetzten Gebieten müssen geheilt werden. Kein Mensch weiß, wie die Reichsregierungspolitik sich für im Rheinland muß erst die Atmosphäre geschaffen werden, die eine Verständigung mit der Entente ermöglicht. Die Aussprache über den Rhein politische Fiele. Der Separatismus ist hoffentlich überwunden. Die Lösung des Problems, die Rheinlandfrage, würde die Kraft des Reich bedeutet haben. (Sehr richtig!) Möge das besetzte Gebiet Hand in Hand mit der Reichsregierung und mit dem Willen, daß der Reichsministerium sollte im ganzen Reich bestehen bleiben. Das Ziel ist, daß die deutsche Bevölkerung erfährt, wie sicher und wie stark das Reich ist. Trotz des Londoner Abkommens ist noch nicht ganz die Lyse von Gräfen und Mißhandlungen. Die Redner werden nach Belieben besetzen. Die Bürger sind bedrängt, die Bürgermeister, die Gesindel, das sie haben aufnehmen müssen. Es ist beschämend, daß in Burbella zwei Bürgern ein schwerer Soldaten zur Verfügung stellen müssen. (Pfui! Wir meinen, daß hier eine starke Hand doch Wandel schaffen könnte.

Der Reichsministerpräsident Jsse wies auf die Bedeutung der Jahrtausendfeier hin. Es kennzeichnete die mangelnde Verständigungsbereitschaft der Franzosen, daß ihre Kulturpropaganda. Ihr seelischen Not der besetzten Gebiete kommt die wirtschaftliche. Man werde im Reichsministerium alles tun, daß auch die Angestellten und Arbeiter im Ruhrbezirk, die schwer gelitten haben, für ihre Tätigkeit entschädigt werden. Das Ziel muß sein, einen Verkehrsplan für Rhein und Ruhr nicht entzüglet werden. Der Redner führt fort: Die Mitwirkung der ersten Reichsregierung ist nur unter Entlastung führen. Es mehren sich aber die Nachrichten, daß die in den besetzten Gebieten Truppen bald benutzt werden, die Truppenbestände in der zweiten und dritten Besatzungszone zu vermehren. (Hört! Hört!) In verschiedenen Orten, in Zeier, Kaiserslautern usw., sind neue erhebliche Truppen Quartiere auf Jahre hinaus angeforbert worden. (Hört! Hört!) Wir müssen endlich wieder einen freien Rhein haben. (Beifall!)

Der Vorsitzende Dr. Cohn wies darauf hin, daß es sich hier um die Frage der deutschen Zukunft handelt. Das Ministerium habe nicht Gelegenheit, die Aussprache in Ruhe zu führen. Es ist ein Sinne zu arbeiten. In so bewegten Zeiten sei äußerst schnelles Handeln der erste Erfolg. Gestern Abend habe plädiert für Steuererleichterungen, Kreditgewährungen, weitherzige Entschädigungen und Erfüllung der Fürsorgepflicht, besonders auch gegenüber den freien Berufen. Den Gewaltmaßregeln müsse von Regierungsseite energischer Widerstand entgegengesetzt werden. Das verlangte keine Rheinpolitik von der Regierung, sondern die Befreiung des Rheinlandes. Der Redner schloß mit einem Treuebekenntnis zu Deutschland und Preußen.

Der Demokrat Korell erinnerte das Ausland daran, daß das Rheinlandvolk trotz seiner friedlichen Einstellung deutsch und national sei. Er nahm die Zahrtausendfeier zum Bekenntnis, daß die Rheinlande sei ein wahres deutsches Volksfest, ein Dokument deutschen Rheinlandfestes gewesen. Der Redner forderte auch die Sicherung der Heimatrechte gegenüber Sicherstellung der Räumung der zweiten und dritten Zone und vor allem Räumung Kölns. Sein größtes Wunsch bestehe darin, daß wieder das alte Systember Sanktionen. Sogar das Singen des Deutschlandliedes werde verboten. Das Ausland vergeudete ja ungeheure Geld- und Freiheitsstrafen verurteilt. Mit einem solchen Verbalen komme man zu keinem Frieden. Der Redner bat, der Rhein ist der Ausdruck des besten Wesens von uns allen; das möge auch das Ausland erkennen!

Die sozialdemokratische Volkspartei Dr. Boyers-dörfer erklärte: Nur wer die seelische Not des Rheinlandes miterlebt, kann sie verstehen. Man muß vor allem sorgen, daß die Arbeitslosigkeit der Bevölkerung nicht weiter wächst (Zustimmung). Wir müssen ein selbständiges Ministerium für die besetzten Gebiete und Wiederaufrichtung des Reichskommissariats in Koblenz.

Gegen 8 Uhr wurde die weitere Beratung auf Antrag der Linken auf Donnerstag, 2½ Uhr, vertagt. Bei Festsetzung der Tagesordnung entfachte die Opposition die ähnliche Geschäftsordnungsaussprache, an der sich der Kommunist Stöcker, der Völkische Graf Reventlow, der Sozialdemokrat Müller-Franken und der Demokrat Koch-Weser beteiligten. Wegen des Stimmen unter vier Verhältnissen wurde der Antrag, heute in die außerpolitische Aussprache einzutreten, abgelehnt. Mit den Regierungsparteien stimmte gegen die Fortsetzung der Aussprache diesmal auch Dr. Wirth.

Der mißliebige Bismarck.

Im Reichstag ist der Gründer des Reiches neuerdings unpolitisch in Ungnade gefallen. Der Vorsaal zum Bundesratszimmer, an dem auch die Bilder des Kanzlers und der Reichsminister hingen, beherbergt jetzt eine Reihe von Bildnissen des ersten Reichskanzlers, die den ersten fünfen Raum ein Gepränge der Weihe gab. Es sollen Bilder des Kaisers sein. Sie sollen bisher noch nicht entdeckten Treppenaufgang (wohin?) Platz worden sein. Bismarck im Exil! Warum?

Der dem genannten Vorsaal korrespondierende Raum ist der Reichsratsausschuß. Er entbehrt bisher eine Wolkenhöhe. Auch diese ist entfernt und durch den Rohbau einer Eberstraße ersetzt worden. Es ist damit nicht das Geringste gegen die Tätigkeit des Reichspräsidenten im Reichstagsgebäude unternommen, Reichsminister haben ihre Arbeitsplätze seitem sollen. Von dem hiernach verbliebenen Betrage soll dem im Inlande wohnenden Reichspräsidenten ein Zuschuß von 1000 ℳ und 1000 ℳ Repräsentationsgelder zur Verfügung stehen. Es soll ihm hiernach ein Zuschuß von 1000 ℳ auf Kosten eines Betrages von 8 ℳ für je 100 ℳ des Mehrbetrages gewährt werden. Es ist damit ein unzweifelhaft wegen technischer Schwierigkeiten dahin abgeändert, daß dieses Entgegenkommen nicht bedeutet, daß der Reichspräsident seitens sollen. Von dem hiernach verbleibenden Betrage soll dem im Inlande wohnenden Reichspräsidenten ein Zuschuß von 1000 ℳ und 1000 ℳ Repräsentationsgelder zur Verfügung stehen. Es soll ihm hiernach ein Zuschuß von 1000 ℳ auf Kosten eines Betrages von 8 ℳ für je 100 ℳ des Mehrbetrages gewährt werden, sofern ihr Jahreseinkommen den Betrag von 1600 Mark nicht überschreitet.

Damit war die dritte Lesung des Anleiheablösungsgesetzes erledigt. Der Ausschuß vertagte sich.

Die Haus- und Grundbesitzer beim Reichspräsidenten.

Der Berliner Reichspräsident empfing gestern die Vertreter des Deutschen Reichsbundes Haus- und Grundbesitzervereine: Reichstagsabgeordneten Dr. Jörissen-Köln, Preußischen Landtagsabgeordneten Kaden-Berlin, Stadtrat Humar-München und Direktor Hueneo-Hamburg zum Vortrag über die Lage und die Wünsche des deutschen Haus- und Grundbesitzes.

Ferner empfing der Herr Reichspräsident heute Stadtverordneten Mehnke-Rostock, Stadtrat Dr. Drews-Berlin und Direktor Schröder-Kiel vom Hauptvorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter, welche ihm die gegenwärtige Lage und ihre Wünsche bezüglich der Mietzins-Gesetzgebung und zur Besserung der Wohnungsnot vortrugen.

Die Arbeit der Ausschüsse.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm den Entwurf der zweiten Rate des Gesetzes über Personalabbaumaßnahmen unverändert an. Zahlreiche Anträge der Opposition wurden abgelehnt. Beschlossen wurde es, zu dem Gesetz eine Vorlage, die von der Regierung nach Zurückführung ihres ersten Entwurfes in verbesserter Form entsprechend den Wünschen der Koalitionsparteien eingebracht worden.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten beriet den Gesetzentwurf über den Ausbau der Angestelltenversicherung weiter. Es wurde folgender Antrag angenommen: „Die Reichsversicherungsanstalt kann mit Genehmigung des Reichsarbeitsministers Mittel aufnehmen, um diejenigen Mahregeln zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Berufsunfähigkeit oder zur Behung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherten Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen. Bei der Verwendung dieser Mittel sind alle Länder und Provinzen angemessen zu berücksichtigen".

★

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte grundsätzlich die Frage, ob entsprechend den Wünschen der Linken die Zuständigkeit der Betrafung des Duells im Rahmen des Reichsstrafgesetzbuches geändert soll. Die übrigen Parteien sind gegen eine solche Regelung. In Beschlüssen kam es noch nicht.

Umsatzsteuer.

Im Steuerausschuß des Reichstags führte Staatssekretär Popitz bei Beratung der Umsatzsteuer weiter aus, die Wirtschaft muß sich wieder heraus gewöhnen, auch mit kleinen Affaren zu kalkulieren, ihrer diesem Geschäftsleben werden sich die von den Regierungsparteien vorgeschlagene Ermäßigung der Steuer um ein Sechstel in den Beratungen doch bemerkbar machen. Gegen die vorgeschlagene Vornahme einzelner Benderungen, z. B. das Herausnehmen der Kunstdünger, wird sich die Regierung wehren grundsätzlich Bedenken. Insbesondere könnte auch eine Freistellung der freien Berufe nicht für besonders empfehlenswert halten. Die Annahme könnte nur für die Künstler zugelassen werden. Wehnlich wie bei den Handelsagenten geht es bei den Rechtsanwälten, an der sich der Kommunist Stöcker, der Völkische Graf Reventlow, der Sozialdemokrat Müller-Franken und der Demokrat Koch-Weser beteiligten. Wegen des Stimmen unter vier Verhältnissen wurde der Antrag, heute in die außerpolitische Aussprache einzutreten, abgelehnt. Mit den Regierungsparteien stimmte gegen die Fortsetzung der Aussprache diesmal auch Dr. Wirth.

Dritte Lesung des Anleiheablösungsgesetzes.

Der Anleiteausschuß des Reichstags beschäftigte bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfs über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Nach dem Beschluß der Regierungsparteien bei öffentlich-rechtlichen Schuldverschreibungen dürfen nur solche Reichsmark zugewiesen, verliehen sie Sozialdemokraten und Kommunisten, prozentual ausgelost werden. Die Mehrheit will mit einem Anleihebestand von mindestens 60 ℳ eine Barablösung von 15 ℳ für je 100 ℳ des Nennbetrages vorsehen. Es ist damit nicht das Geringste gegen die Tagung des Reichspräsidenten im Reichstagsgebäude unternommen, Reichsminister haben ihre Arbeitsplätze seitem sollen. Von dem hiernach verbleibenden Betrage soll dem im Inlande wohnenden Reichspräsidenten ein Zuschuß von 1000 ℳ und 1000 ℳ Repräsentationsgelder zur Verfügung stehen. Es soll ihm hiernach ein Zuschuß von 1000 ℳ auf Kosten eines Betrages von 8 ℳ für je 100 ℳ des Nennbetrages gewährt werden, sofern ihr Jahreseinkommen den Betrag von 1600 Mark nicht überschreitet.

Damit war die dritte Lesung des Anleiheablösungsgesetzes erledigt. Der Ausschuß vertagte sich.

Steuertermin 10. Juli.

Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftssteuer.

Die Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftssteuer, die am 10. Juli 1925 (Schonfrist 17. Juli) zu zahlen sind, richten sich nach den bisherigen Vorschriften (2. Steuernotverordnung und den dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen, 2. Steuermilderungsverordnung vom 10. November 1924) einerseits und den Vorschriften des Steuerüberleitungsgesetzes andererseits.

1. Steuerbetreibende.

Gewerbetreibende, die vor Inkrafttreten des Steuerüberleitungsgesetzes zu monatlichen Vorauszahlungen verpflichtet waren, haben, da sie bereits die Vorauszahlungen für den Monat April am 10. (17.) Mai geleistet haben, nunmehr für die Monate Mai und Juni Vorauszahlungen zu entrichten. Die schon bisher zu nur vierteljährlichen Vorauszahlungen berechtigten Gewerbetreibenden haben für die Monate April, Mai und Juni Vorauszahlungen zu leisten. Grundsätzlich sind von dem Umsatz oder dem Verschlich sind sind von dem Umsatz oder dem Vermögen die bisherigen Sätze weiter zu zahlen. Soweit die Steuerkurbiervermögen den Vorauszahlungen zugrunde liegt, sind noch die Kurse vom 31. Dezember 1923 maßgebend, da Gewerbesteuer auf den 31. Dezember 1924 noch nicht festgesetzt sind.

Aus den neuen Vorschriften des Steuerüberleitungsgesetzes ist insbesondere zu erwähnen der § 15. Wenn nämlich ein Gewerbetreibender für die abgelaufenen vollen Steuerjahre des Kalenderjahres 1925 oder eines nach dem 30. Juni 1925 endenden Wirtschaftsjahres 1924/25 nachweist, daß er in diesem Zeitraum Verlust oder geringere Gewinn gehabt hat, daß die von ihm entrichteten Vorauszahlungen die Steuer für 1925 übersteigen, so sind ihm die Vorauszahlungen ganz oder teilweise auf entsprechenden Antrag vom Finanzamt zu stunden. Der Nachweis von Verlust oder unverhältnismäßig geringem Gewinn ist durch ordnungsmäßiger Buchführung erfolgen. Im allgemeinen ist die Vorlage einer Zwischenbilanz erforderlich. Eine besondere Inventur wird in der Regel nicht verlangt werden. Bewertung soll grundsätzlich von den Anschaffungs- oder Herstellungspreise ausgegangen werden. Angemessene Abschreibungen sind zulässig von Gegenständen des Anlagekapitals sind zulässig. Sonstige Abschreibungen, Abschreibungen oder Reserven müssen den Finanzämtern bemerkt gemacht werden.

2. Einkommen aus freiem Beruf, aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, größere Gewerbetreibende.

Die Vorauszahlungen richten sich hier, wie schon bisher, nach den Ueberschüssen der Einnahmen über die Werbungskosten in den Monaten April, Mai und Juni.

Die Vorauszahlungen betragen

für ein Kalenderjahr 5000 R.-M. vierteljährlich 10 %
„ „ weiteren 2000 R.-M. 15 %
„ „ 5000 R.-M. 25 %
„ „ Beträge 30 %

Der Satz von 10 % ermäßigt sich für die zur Haushaltung zählenden Ehefrau und die zur Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder bis zu 10 % der Einkommensteuerjahrbeträge, die die Grenze, bis zu der 10 % abzüglich der Ermäßigungen nach dem Familienstand zu entrichten sind, 2 000 R.-M. nicht überschreiten. Der Minister der Finanzen hat sich über die Vorauszahlungen an das Jahr 1925 im Interesse der Steuerpflichtigen einverstanden erklärt, daß für die Vorauszahlungen die prozentualen Familienstandssätze bis zu 3000 R.-M. vierteljährlich zulässig sind. Die endgültige Abrechnung erfolgt bei der Veranlagung. Wer also in den Monaten April bis Juni aus freiem Beruf 2500 R.-M. Ueberschuß erzielt hat und zwei minderjährige Kinder hat, hat 7 % als Vorauszahlungen zu entrichten.

b) Der Vorauszahlungspflicht unterliegt im Gegensatz zur Dritten Steuernotverordnung nunmehr in vollem Umfang auch das Einkommen aus freiem Beruf, ob es sich um Gewinne oder Verluste handelt. Es ist ein zweiter Zwisl fügt ihm zum dritten Zwischen Unheil zu. Das gnaz zu ertragen wäre, wenn nicht zu dem Augenblick freier und Schwiegermutter erschienen! Und so geschah es, daß sich beide Frauen, die sich bisher wieder vereinten Damen mit dieser angenehmen Tätigkeit bringt. Bei der Fusul auch die Gelegenheit, die sich bisher ausschließlich Dasein macht. Und so ist es einsehen muß: „Durch Zufall lernten wir uns kennen, nun aber müssen wir uns trennen" wie der Dichter Schlemihl sagt. Es bestand. Eine flotte Aufführung erzielte Kaufhaus. Hebenauer der Situation ist der Teaneccaiser Zufalle Unheil zu. Das gnaz zu ertragen wäre, wenn nicht zu dem Augenblick Frau

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 9. Juli 1925.

Rechts und links vom Aequator.

Peinliche Enthüllung.

Der Kommandeur eines in Shanghai eingelaufenen englischen Kriegsschiffes macht den sächsischen Besuch bei dem sächsischen Würdenträger der Stadt und wird mit seinen Offizieren zu Tisch geladen. Schade, daß die Gäste nicht Chinesisch verstehen, der Gastgeber nicht perfekt Englisch kann; man hätte gar zu gern gewußt, was es mit diesem oder jenem Gerichte für eine Bewandnis habe, zumal in China für den Europäer bekanntlich Genüsse auf den Speisekarten zu stehen pflegen. Eines der geheimnisvollen Gerichte, das der Kommandeur mit Nagout bis Ente hält, läßt er sich zweimal reichen, da es ihm besonders trefflich mundet. Um zu ergründen, was er vor sich habe, verspricht er, sich mit dem Gastgeber durch Reichenpfrache zu verständigen, weist auf die Schüssel, macht fragende Augen und ahmt leise das Schmatzen der Ente nach. Der Gastgeber versteht die Frage, lächelt verständnisvoll, schüttelt bedauernd das Haupt und antwortet pfiffig: „Mauseinen!"

Si non e vero . . . .

Blut soll fließen!

In einem Vergnügungspark in Prag wurden als besondere Attraktion amerikanische Stiere in die Arena geführt, um unter der Programmnummer „Spanische Tierspiele" artige Kunststückchen zur Schau zu bringen. Daß nun diese Stiere, spanische Stiere, Vertreter der ungestümsten Vitalität, im Zuge der Musik hereintrottelten, lassen, und ihre Heldenhaftigkeit abwechselnd mit den Vorder- oder Hinterbeinen einknicken und nach diesen Komplimenten auf ein Zeichen des „Torodoro" sich gemächlich wieder in ihre Ställungen zurückzogen, ohne dem sensationslüsternen Publikum die geringste Erfüllung seiner blutrünstigsten Wünsche zu geben, verdroß die Zuschauer sehr. Die Erregung der Entäuschten wuchs, und beinahe wäre es zu stürmischen Kundgebungen gekommen. Man sieht: daß es außerhalb der Pyrenenhalbinsel keine Stierkämpfe gibt, ist nicht überall das Verdienst der Volkspflege, die solche ablehnt. Im Gegenteil!

Der noble Herr.

„Wozu arbeiten, wenn man es so bequem haben kann?", dachte Louis Grauy, ehemaliger Marineoffizier seines Zeichens, als ihm sein schöner Titel, Geld zu machen, einmal versagte war. Der Gedanke stahl auf den Bahnhöfen im Paris Gepäck. Sobald er einen vielversprechenden Koffer gefunden hatte, nahm er eine Kutsche und fuhr mit all Grandseigneur bei einem eleganten Hotel vor und verlangte Quartier. Für letzte er ein paar Tage herrlich und in Freuden, um dann den gestohlenen Koffer als „Bagslang" zurückzulassen. Das Glück des Erfolgs war ihm hold, und er lebte auf die denkbar unkomplizierteste Weise in Saus und Braus. Daß er nicht einmal auf die Idee kam, eine Luftveränderung vorzunehmen, wurde ihm zum Verhängnis. Denn als er eine stattliche Anzahl von Hotelleres geprellt hatte, die ihm natürlich alle auf den Fersen waren, ging sein Bankerott zusammen. Viele Hunde sind des Hasen Tod!

Unsympathische Gäste.

Der Zoo-Zoo in New York hat eine aparte Sendung erhalten. Die gefährlichsten Schlangen, die bisher jemals nach Amerika gekommen sind, darunter 18 Kobrabissen eingeliefert.

Mamboes, die zum ersten Male lebend die Vereinigten Staaten erreichten, verlangten Aufnahme. Sie sind Brüder des Mambos, dieser gefürchtetsten Schlangen, die es gibt, wirkt tödlich; und zwar heißen diese freundlichen Reptile nicht nur, weil sie bei jeder Gelegenheit zischen oder spucken, sondern sie gehen auch weniger zimperlich einfach zu ihren Gegenspielern, die Giftspinne fortgesetzt in Funktion zu halten. Die beherzten Wärter, die die Einquartierung zu besorgen hatten, erschienen in einer Art Taucherkleidung in langen Gummiröcken, mit Gummischuhen und Gummihandschuhen, vor den Augen große Schutzbrillen. Mit Besen und Netzen beförderten sie die ungebärdigen Gäste in ihre Käfige. Still für Still mit großer Vorsicht. Die Schlangen versprützen viel Gift vergebens, wenn sie sich in der Gummirüstung der Wärter festbissen, und dank der getroffenen Maßregeln verlief alles in bester Ordnung. Drei Kreuze werden die Wärter nach der überstandenen Gefahr gemacht haben, und die übrigen Neugierigen, als da waren schwarze Kobras, Gabun-Vipern, Rhinoceros-Vipern und Riesenschlangen, die sie ebenfalls alle unter Dach und Fach zu bringen hatten, werden ihnen als Symbole der Sanftmut im Vergleich mit den Mambos erschienen sein, die man sich seit 50 Jahren vergeblich bemüht, lebend in den New Yorker Zoo zu bringen.

Der lebende Leichnam.

Der berüchtigte Räuber Gonzalez hatte schon wiederholt die Polizei von Ceuta in Berde in Spanien gebrandschatzt. Binnen acht Tagen hatte er zwölf Haushaltungen vollkommen ausgeraubt und sogar aus dem jüdischen Krankenhause alles entwendet, was nicht niet- und nagelfest war. Eines Tages wurde der Polizei die Vorstadt Berez als Schlupfwinkel dieses Gesindels angegeben. Sofort wurden dort Hausfuchungen vorgenommen, und bald hatte man etwas Verdächtiges entdeckt. In einem der Häuser fand man ein offenes Sarg mit einer von vier brennenden Kerzen umgebenen Leiche. Das verstörteste Zucken der Augenlider bei unbeweglich Gesicht ließ es einem Detektiv alle Haare erstehen, denn im Sarge liegenden vorsichtig handschelnden an die gefalteten Hände zu legen. Im Nu wurde der Scheintote lebendig, sprang auf und wollte entfliehen. Der Geheimpolizist stellte ihm jedoch ein Bein, so daß er stürzte und seinen Schicksal nicht mehr entrinnen konnte.

Lurch.

Reichspräsident v. Hindenburg beim Wachtregiment Berlin.

Reichspräsident v. Hindenburg besuchte Mittwoch nachmittag das aus Offizieren und Mannschaften aller deutschen Stämme zusammengesetzte Wachtregiment Berlin zum ersten Male in Moabit. Der Reichspräsident schritt, begleitet von dem Reichsinnenminister Dr. Geßler, dem Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, und dem Kommandeur von Berlin, Oberst Goerrin, die Front des Regiments ab und nahm dann einen Vorbeimarsch entgegen. Im Anschluß an die Besichtigung nahm der Reichspräsident in der Offiziersgesellschaft mit den Offizieren des Regiments das Abendbrot ein.

Ein Filmgeschenk der amerikanischen Zahnärzte.

Das zurzeit in Berlin weilende „American Stomatological Educational Committee for Europe" hat bei dem am 6. Juli im zahnärztlichen Universitätsinstitut zu Berlin zum ersten Male in Deutschland gezeigten Unterrichtsfilm „Hygiene des Mundes" (Mutzrapp) ein Geschenkverbunden der Zahnärzte mit der Aufgabe überlassen, daß der Film bei der Vorführung unentgeltlich als Geschenk an das deutsche Volk bezeichnet wird. Hiermit wünschen die Amerikaner Ihrerseits, daß Gefühl der Verbundenheit und den Willen zu einer Annäherung der beiden Völker auf wissenschaftlichem Boden eindringlich zu betonen, wie das in diesen Tagen bei den verschiedenen Empfängen mehrfach zum Ausdruck gekommen ist. Der Film wird zum ersten Male auf der in Karlsruhe vom 31. Juli bis 2. August stattfindenden Ausstellung für Schulzahnpflege und soziale Hygiene der Oeffentlichkeit gezeigt werden.

„Haus am Tiergarten."

An einer Stelle, die durch ihre Lage für einen repräsentativen Bau besonders gut geeignet ist, am Lützowplatz ist jetzt ein neues Haus fertiggestellt worden, der als Geschäftshaus großen Stils geplant ist und von seinen Erbauern, den Architekten Heinrich Lasser und Prof. Strammer der Wiederaufbau-Aktiengesellschaft, auf den Namen „Haus am Tiergarten" getauft wurde. Begonnen wurde es noch während der Inflationszeit, im Frühjahr 1923. Wer heute den fertigen Bau, der sich an der Ecke der Bellevuestraße und Lützowufer erhebt, in Augenschein nimmt, bekommt den Eindruck eines großzügigen, in einfachen klaren Linien gehaltenen geschmackvollnüchternen Bauwerks. Das Erdgeschoß nimmt ein heller geräumiger Saal mit großen Schaufenstern ein, dessen Wände aus grünlichem Marmor für diesen Bau fast etwas zuviel Pracht entfalten. Hier könnte vielleicht eine Automobilfirma oder ein großes Café ihr Domizil aufschlagen. Durch ein im Geiste der Außenarchitektur gehaltenes Treppenhaus gelangt man in die oberen Geschosse, die durch ein Band gebauter Eisrinnen und Verkleidungen aus dunkelem Nußbaum etwas wärmer wirken. Reizend sind hier die von dem Bauherr Architekten Bitter Durje entworfenen Beleuchtungskörper. Zu erwähnen ist noch ein Oberlichtsaal im dritten Stock mit einer Galerie, der sich für Gemälde-ausstellungen eignen dürfte.

i.

Explosionsunglück in Britz.

Zwei Tote, achtzehn Verletzte.

Ein schweres Explosionsunglück, bei dem zwei Personen getötet und achtzehn mehr oder weniger verletzt wurden, ereignete sich am Mittwoch nachmittag in der Fabrik Kunstseide und Chemischen Zubehör von Gerhard Sandt u. Co. in Britz, Chausseestr. 68. Die Explosion, die weithin hörbar wurde, ist nach der Lage des Fabrikgebäude. Alle Fensterscheiben in der Umgebung wurden infolge der ungeheuren Detonation zertrümmert. In dem neben der Fabrik liegenden Kontorgebäude sind die Zerstörungen besonders schwer.

Ueber die Entstehungsursache der Katastrophe war gestern bis zum späten Abend kein klares Bild nicht zu erzielen. Nach einer Notiz in der Fabrikräumen ungefähr 15 Zentner Zellmaßbälle gelagert haben. Aus diesen mit Benzin gefüllten Bällen wurde durch Schleudern in der Zentrifuge das Silber extrahiert und zwar ungefähr 5 Kilogramm Silber aus 100 Kilogramm Bällen. Am nimmer stimmt an, daß von der elektrisch betriebenen Zentrifuge ein Funke auf die Zellmaßbälle übergesprungen ist und diese entzündet hat. Das kleine, einstöckige Gebäude, in welchem die Explosion erfolgte, hatte nur einen Ausgang, und auf diesen unglücklichen Umstand ist es zurückzuführen, daß sich die Arbeiter und Angestellten, die sich in dem Gebäude befanden, nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Als die Feuerwehren aus Berlin, Neukölln und Britz an der unglücksstelle eintrafen, waren sie fort mit vereinten Schlauchleitungen gegen das Feuer vorgegangen. Ein Hauptangriff richtete Brandbrigade Gempp, der die Löscharbeiten persönlich leitete, auf die Bergung der in dem Gebäude befindlichen Personen. Zwei der Eingeschlossenen, der Arbeiter Paul Schulz und eine mit Namen noch nicht festgestellte Arbeiterin wurden fast völlig verkohlt als Leichen aufgefunden. Verletzt wurden insgesamt achtzehn Personen, von denen sich jedoch ohne nach Anlegung von Verbänden in ihre Wohnungen begeben konnten. Nach Berichten von zwei schwere Verbrennungen, darunter der jüngste Direktor der Firma Rudolf Reinhardt, Fünf Verletzte wurden in das Britzer Krankenhaus aufgenommen, und zwar drei Frauen, Auguste Kopp, Anna Wenzel und Erna Conrad, sowie zwei Männer, Franz Schulz und Arthur Diemke aus Neukölln, von denen sich der Letzte noch am Anfangen eines Verbandes ebenfalls nach Neukölln begeben konnte. Auch in das St. Hedwigskrankenhaus in Berlin wurden einige Verletzte eingeliefert.

Die Löschversuchen nahmen verhältnismäßig kurze Zeit in Anspruch. Das Feuer hatte jedoch eine so starke Wirkung, daß in einer allerdings Feuer fassenden Gebäude sämtliche Räume ausgebrannt sind. Durch das energische Vorgehen der Feuerwehren wurde ein weiteres Ausbreiten des Feuers verhütet. Da sich in der Nähe des Fabrikgeräts das umfangreiche Lager einer Gummiwarenfabrik befindet, bestand große Gefahr, daß auch dieses von den Flammen erfaßt würde. An der Unglücksstelle hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, unter der sich mehrere Angehörige der bei dem Brande Getöteten und Verletzten befanden.

Bis in die Abendstunden war die Brandstätte von einem größeren Aufgebot Schutzpolizei abgesperrt.

•

Der Zahnarzt Knolpe, der in seiner Wohnung Prager Straße 21 von aufgefunden wurde, hat, wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, selbst Hand an sich gelegt.

„Uebersinnliche Kräfte."

Geheimnisvolles aus dem Okkultistenprozeß.

In dem Beleidigungsprozeß, den die Okkultisten gegen Geh. San.-Rat Prof. Dr. Moll führen, um den Mittwoch die Verhandlungen im Schwurgerichtssaal unter riesigem Andrang fortgesetzt. Es ist von Interesse zu Bundungen heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien.

Schließlich beschloß Amtsgerichtsrat Bornemann, zunächst einmal das Medium und dessen Tochter zu vernehmen. Die Tochter, ein junges Mädchen, scheint, daß sie trotzdem Reisen schon früher einmal plötzlich erscheinen seien und dann ebenso plötzlich drei Tage vor der Sitzung verschwunden waren. Die Eltern wiederholtgroßen Sitzung waren sie wiederum auf den Armen der Mutter in Erscheinung geraten. Buchhandlungen waren im Hause gewesen, um Bücher von einem alten Apport her, waren aber betrogen, während sie in jener Sitzung nenaquintierten Zweige ganz glatt und frisch waren. Die Mutter sei vor der Sitzung nicht anwesend gewesen. Schließlich erklärte die Zeugin auf eine Frage, ob ihre Mutter übersinnliche Kräfte besitze: „Unbedingt!" Solche Dinge seien bei Mutter gar nicht angenehm gewesen, da sie nach jeder Sitzung in Krämpfe verfallen sei. Die habe sie bemerkt, daß ihre Mutter Zeitz angewendet habe.

Unter allgemeiner Spannung wurde darauf das Medium selbst, die 48jährige Frau Rudolf, vernommen. Sie erklärte, daß sie seit 1907 Jahren Phänomene erscheinen seien. Im jenen Sommerabend herrschte sie nicht immer. Am jenen Abend habe sie das Bewußtsein verloren. Als sie erwachte, seien die Reisen schon an ihrem Arm gewesen. Wahrmals seien Blumen auf ganz unerklärliche Weise weggeflommen, aber nach Wochen und Monaten seien sie ohne eine Stimme an verschwunden. Die Reisen seien immer Geschenke. Für artistische Leistungen und Taschenspielereien habe sie sich nie interessiert. Das Medium wurde dann einem kriminalistischen Kreuzverhör durch Verteidigung und die Verteiter der Nebenklager unterworfen. Frau Rudolf erklärte wiederholt, daß sie niemals Reisen oder einen Arbeiten oder anderswo versucht habe. Die Erscheinungen seien ganz gegen ihren Willen aufgetreten, nicht täglich, aber mehr mals. Auf die Frage eines Sachverständigen, ob diese Dinge auf ihren Geisteszustand einwirkten, bekundete Frau R. daß sie nicht wüßte, ob sie Hysterie habe. Der Vorsitzende gab dem Medium zu bedenken, daß sie in einem Zustand, daß sie bei der

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Sport.

Vom deutschen Segelsport.

Bei uns gliedert sich die Segelzeit in drei Abschnitte: die Zeit der Frühjahrsregatten, die sommerlichen Wanderfahrten und die Herbstregatten. Die Frühjahrswettfahrten waren im allgemeinen von Wetter wenig begünstigt, so daß sie an manchen Plätzen kaum als ein Preisfeld für die sportlichen Leistungen der einzelnen Boote, insbesondere der Neubauten, die sich natürlich besonderer Aufmerksamkeit erfreuen, gelten können. In Berlin richtete sich die Hauptaufmerksamkeit auf die 75 qm-Klasse, in der eine Anzahl bekannter Boote sich erstmalig zu den Kämpfen stellte, und es zeigte sich hier, daß diese Boote vor allem durch die leichtschnittene Takelage den älteren Vorläufern weit überlegen waren; dies gilt vor allem für die neue „Herta", deren Segelung ganz anders trifft. Bleiben aber trotzdem sie dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. An der stürmischen Westsee bei Kl. 14. Juni ging das allerdings und allzudünne Mast ohne jede äußere Veranlassung über Bord. In der 45 qm-Klasse bewegen vorwiegend sich die Neubauten noch nicht durchsiegen. Der aus dem Vorjahre stammende „Cuxhaven" beherrschte bei leichter und mittlerer Brise Wind und Feld und auch die Plätze hinter ihm, wurden meist von älteren Fahrzeugen beantwortet. Von den 30 qm-Boote bielefeld der neue „Stipper", ein Neubau der Bahlmerft, wohl auch durch seine vorzügliche Führung glänzende Leistungen; aber er, und seinen geübten Führer, hatte kaum Gelegenheit, sich mit den neuen anscheinend recht guten Fahrzeugen dieser Klasse in Wettbewerb zu messen. Ob dieser Mangel hervorzuführen ist im Herbst bei den klassischen Wettfahrten um den Jubiläumspreis des Potsdamer Yachtclub, dem Jell Ein, deren Ausgang mit großer Spannung erwartet werden dürfte.

In Hamburg spielt die neue 30 qm-Schärenkreuzer sportlich interessanteste Rolle. Die jetzigen Kämpfe mit schwedischen Seglern auf der Kieler Woche und bei Stockholm haben auch hier eine große Zahl Neubauten ins Leben rufen lassen. Aber sie vermochten nicht dem in ausgezeichneter Form befindlichen vorjährigen „Jan" die Siegesbahn zu entreißen. Sein härtester Nebenbuhler war der allmählich in Trimm kommende des Bootes „S. S. B. 8", der ihm, zumal in den letzten bei steifer Brise stattfindenden Kämpfen das Leben sauer machte.

Mitten in diese Wettfahrtscreihen hinein fiel als bedeutsamstes Ereignis die Nordlandwoche, die in einer Wettfahrt rund um Helgoland gipfelte. Wer gerade hier Zeit zu vom Winde an mehrfacher beginnt, so daß ihn doch die bei der Einfahrt und Rückfahrt stattfindende Regatten ausgezeichneten Sport, der sowohl die Seetüchtigkeit der Yachten wie die Boote ein glänzendes Zeugnis ausstellte. Wichtiger jedoch war der Meinungsaustausch der Seesportler, die aus Hamburg, Bremen und Kiel sich auf Helgoland zusammengetroffen hatte. Er endete in der Entschließung auf den bisherigen Tage des Deutschen Segelverbandes, der anfangs Oktober in München stattfindet, eine Neugliederung des Verbandes in zwei gleichberechtigten, durch einen gemeinsamen Vorstand verbrieteten Abteilungen, eine Renn- und eine Kreuzerabteilung zu beantragen. Außerdem soll die Geschäftsführung pflichtmäßigen für die Nord- und Ostsee geeigneten Fahrten-Kreuzern beantragt werden. Eine Forderung, deren innere Berechtigung ohne weiteres klar wird, wenn man bedenkt, daß z. B. auf den eben genannten Wettfahrten nur ein Boot Helgoland kein einziger Klassenbot teilnahm. Der Grund liegt eben darin, daß unsere sogenannten Fahrtenschiffe zwar sehr vollständig „Kreuzer" sind all ihrem guten und falschen Eigenschaften entwickelt haben, während der derzeitigen Rennklassen des Verbandes noch nicht vertreten ist.

In dieser Beziehung ist der Deutsche Segler-Verband bereits Bestrebungen vorangegangen, indem er vom 25 qm-Boot aufwärts bis zur Größen 150 qm-Yacht Rennwettbewerben geschaffen hat, die eine besonders glückliche Einmischung dieser modernen seetüchtigen Fahrtenkreuzer-Typen gewährleisten. Ihre Schaffung würde vermutlich auch für einen schwer darniederliegenden Nachtbauindustrie eine gewisse Hilfe darstellen, die unter schweren steuerlichen Belastungen aufgerechnetlich leidet. Immer wieder hört man von den leitenden Stellen das Wort „Sport tut not". Aber es bleibt eine leere Redensart, solange die deutsche Seeleserschaft und die von ihr abhängigen Yachtwerften unter der Not von Wasserzinsen, Anrechnungsabschüsse und vor allen Dingen unter der steuerlichen Last der Luxussteuer leiden. Zu der durch den Sport angeforderten Erhöhung unseres Volkes gesundheit und seiner Wehrkraft, sondern die deutsche Seeleserschaft möchte endlich auch einmal Zeiten sehen, an denen sie leichter erfreut hat. Im Gegenteil, man sieht in den deutschen Seglern ein willkommenes Objekt, aus dem man durch gesetzliche Gebote und Verbote unpolitische Wahrnehmen möglichst viel Geld herausgepreßen sucht.

W. S.

Der Preis von San Sebastian gelangt durch den Automobil-Club von Guipuzcoa (Spanien) für den 19. September zum dritten Male zur Ausschreibung. Das Rennen kommt auf der 17,7 Kilometer langen Rundstrecke von Lasarte, die 40 mal zu durchfahren ist (= 708 Kilometer), zur Durchführung. Es offen für Automobile mit mindestens 1400 Kubikzentimeter Hubinnerhalt und einer Maximalgeschwindigkeit von 60 Kilometer. Im Bord des Wagens darf sich nur der Fahrer befinden. Das Rennpreis beträgt für einen Wagen 1000 Peseten, für den zweiten 1000 und für drei Wagen derselben Firma 1800 Peseten. Nennungsschluß ist am 15. August.

Großer Preis von Berlin.

O'Neill reitet Marcellus?

Die Grunewaldbahn wird am Sonntag einen ihrer größten Tage haben, sieht doch der Großen Preis von Berlin im Werte von 70 000 Mark zur Entscheidung. Diese Rennen hat eine Prüfung über 2400 Meter — im Jahre 1888 begründet — ist gestaltet worden, um das jeweilige Derbypferd zu einer Nachprüfung vorzugehen und gleichzeitig das Gütebedürfnis der Dreijährigen zu den älteren Pferden feststellen zu können. Berliner Klassepferde wie Augias, Herold und Landgraf, um nur einige aus der letzten Zeit zu nennen, haben ihren Derbysieg im Großen Preis von Berlin glänzend bestätigt, die Mehrzahl der Derbysieger jedoch ihren guten Ruf nicht lange aufrechterhalten können, so beispielsweise Kimarsch im Vorjahre.

Das diesjährige Rennen scheint gerade sensationell zu werden. Einmal sind alle Dreijährigen, die in dem denkwürdigen Derby am 28. Juni doch geschlossen die Plätze belegt haben, hier wieder am Start, zum anderen erscheint der amerikanische Jockey O'Neill, der seit langen Jahren in Frankreich reitet, hier zum erstenmal in Deutschland auftreten. Herr H. Hoffscheck, der Besitzer von Marcellus, hat O'Neill ein verlockendes Angebot unterbreitet, doch ist es noch fraglich, ob der Ire auf ihn oder den Rit reitet nimmt.

Die Startertliste für den Großen Preis hat vorläufig folgendes Aussehen: Ganelon oder Olympier (C. Schmidt), Hornbori (Blume), Rolando (Spencer), Nitit (Cleinitt), Kreuzfahrer (Tarras), Marcellus (O'Neill?), Weißdorn (Gaiga), Stippha (B. Fisch), Melanie (Augustin), Die Preisgewinner haben 54, die Vierjährigen 61½ und die älteren Pferde 62 kg zu tragen.

Reiturnier in Neuß.

Das Reiturnier in Neuß, das sich einer beziehungsweise starken Beteiligung zu erfreuen hatte, hat einen sehr glänzenden Verlauf genommen. Die Sieger in den einzelnen Abteilungen waren folgende:

Materialprüfung für Reitpferde (a. M.): Leichte Klasse: 1. M. Kunstich's Bojazzo (Besitzer), 2. Direkter Wuthe's Ein Traum (Besitzer), 3. H. Dreiwitzmann's Ruhr (H. Rüber). Schwere Klasse: 1. M. Kunstich's Herold (Besitzer), 2. H. Simon's Gemsenjäger (Stalln. Bäuer), 3. H. Schlechter's Mirolino (Besitzer). — **Eignungsprüfung für Reitpferde** (a. M.): Leichte Klasse: 1. Direkter Wuthe's Ein Traum (Besitzer), 2. H. Doerenkamp's Mator (Besitzer), 3. M. Kunstich's Bojazzo (Besitzer); Schwere Klasse: 1. H. Simon's Gemsenjäger (Stalln. Bäuer), 2. M. Kunstich's Herold (Besitzer), 3. H. Gerhardt's Mirolino (Besitzer). — **Eignungsprüfung für Reitpferde** (a. M.): 1. H. Peckmann's Lundry (Frau Hoffmann), 2. Dr. Keller's Romade (Zeitzerwein), 3. M. Kunstich's Schwarm (Besitzer). 3. Direkter Wuthe's Nymrode (Besitzer). — **Eignungsprüfung für Zugmaschinenpferde** (a. M.): 1. Gestüt Zierwerd's Carolus (Freiherr von Schade), 2. H. Simon's Sonnenjunge (Frau Hinzen), 3. W. Bleckmann's Lisa (Frau Bleckmann-Gaggl). — **Springprüfung Kl. M**: 1. Gestüt Zierwerd's Camilla (Stalln. Hennings), 2. H. Remmel Nähler (Besitzer), 3. Zur Theinen Erben's Camilla (Freiherr von Schade). — **Springprüfung Kl. M**: 1. Direktor Stahl's Freya IV (Besitzer), 2. H. Remmel Nähler (Besitzer), 3. Schröder Armin II (Besitzer), 3. Frau Reinhard Norma (Zeitzerwein). — **Jugendspringprüfung Kl. M**: Freiherr Reithoven's Lorena (Leipzig), 2. Freiherr Sweinmarers Morgengland (W. Sullmer), 3. W. Beabes Bodenlitz (H. Hamann). — **Jagdspringen Kl. M**: Freiherr Reithoven's Lorena (Frau Müller von Gomern), 2. Frau Gemeinhardt's Gallant (Besitzer), Frau Sweinmarers Oberhofe (Besitzer). — **Jagdspringen Kl. M**: 1. Kunstich's Kurt (Stalln. Kunstich), 2. Freiherr von Stopers u. W. Spillners Baron III (W. Sullmer), 3. Kreisleiter Reithoven's Lorena (Zeitzerwein). — **Eignungsprüfung für Reitpferde**: 1. H. Schmitz's Maria Morgen (Besitzer), 2. Mühlenwerke Gottschalk's Meteor (Besitzer), 3. M. Doerenkamp's Romulus-Kersten (Dr. Hatten).

Rennen zu Grunewald.

Mit mehr als 70 Pferden am Platze mußte es am Mittwoch großartigen Sport geben. Leider ging es ohne jeden peinlichen Zwischenfall nicht ab. Das Rennen um 4 Pferden bestimmte Handicapper Jagdrennen war eine vollkommen verpfuschte Angelegenheit insofern, als an der scharfen Biegung vor dem Ziel Reiterkampf ein Pferd stürzte, eine heillose Verwirrung unter den Jockeys entstand, von denen keiner eine falsche Bahn einschlug. Aber das Pferd, Ordensritter, Besitzer Dr. Quinto und Eisenritter, die wohl sonst nichts mit dem Ende zu tun gehabt hätten, wurden auf dem rechten Bahn gestellt und gingen als Sieger in dieser Reihenfolge durchs Ziel. Bei der Untersuchung des peinlichen Vorkommnisses kam nichts Genaueres heraus, die beteiligten Jockeys wurden mit nur je 70 Mark in Strafe genommen.

Im Großen Preisjagdrennen erlitt der Favorit Monbarin auf der Flachen eine einmonatliche Niederlage durch Wippiep. Jocko Bismarck hatte dem ehemaligen Oppenheimer, der nach wie vor als das beste vierjährige Jagdpferd bezeichnet sprechen ist, die Niederlage ersparen können, wenn er mit den Kräften des Wirklichen etwas haushälterischer umgegangen wäre. Alle anderen Bewerber endeten weit abgeschlagen. Die beiden Dreijährigenprüfungen über Hürden- und Jagdbahn hatten Gold Cortel mit Rheinbund und Humor nicht entgehen. — Die Ergebnisse:

Gardenia-Jagdrennen. 3000 Mark, 3000 Meter. 1. Gestüt Zierwerd's Gilt (Gerstel), 2. Wolfschlächter (Bittner), 3. Rotbart (Schimmna). Tot.: 79, Platz 29, 22, 61. Ferner: Zauberlitze (4), Hagard (gef.), Cotele, Gelb, Wiesbach, Mauglaus, Lebulitz, Grazioso (angeh.), Kingrivals, Kurbert III, Ariadne. — **Jockey-Jagdrennen. Jugendhürdenrennen.** 3000 Mark, 2400 Meter. 1. C. Gerstel's Schalfs Rheinland (Gerstel), 2. Zaurin (Globig), 3. Bertrau mal (Ruhrt). Tot.: 25, Platz 11, 12, 14. Ferner: Fürstin Cola (4), Adalbert von Wiesenthal, Rodes Trumpf, Kichtstadt, Kauf (angeh.), Berlitz. 3—4—5 L. — **Rastlorner Jagdrennen.** 4500 Mark, 3800 Meter. 1. Stall Birkenhofs Ordensritter (Hauser), 2. Dr. Bl. Fischer's Ich (Lange), 3. Eisenritter (Ebler). Tot.: 210, Platz 63, 124, 95. Ferner: Münzmeister (4), Wilmshof, Le Challenge, Ben Tromba, Zu Wirdwelle, Kaiser Nimrod, Gurmu Bird (sämtl. angeh.), Impressario, Octrik Otto, Leander, Rodvilr (alle gef.). 2—5—Welle.

Hürdenrennen. Preis Schwerpunkt um 20 000 Mark, 4000 Meter. 1. Stararks Wippiep (Kukulies), 2. Mandarin (Bismark), 3. Nogulna. Tot.: 15, 15, 13, 15. Ferner: Bopperter (4), Henry, Mainberg, Dorn II (gef.), Excorial (angehalten), Zaun Jung. 1—1½ L. — **Ruthenhürdenrennen.** 5000 Mark, 3000 Meter. 1. Stall Birkenhofs Rubel (Hauser), 2. Mauleinklager (Cortel), 3. Mumpitz (Kuhnke). Tot.: 62, Platz 24, 35, 16. Ferner: Zeitlerstein (4), Zum Ziel, Heerführer, Sankt Thomas, Otto, Gigerl, Quellwunsche, Septemtria, Paris (gef.). 2—4—Kopf.

Zeitenfeier-Jagdrennen. 4500 Mark, 3000 Meter. 1. C. Fellers Humor (Cortel), 2. Gurmu (Schmer), 3. Kurbert III (Ulrich). Tot.: 24, Platz 15, 21, 10. Ferner: Peter Moor, Helbenleier (4), Sankt Georg, Mackegott, Gerold (angeh.), Barbier (angeh.), Schmerstille, Eulalia, Circe (angeh.), Gildstiftunde. 3—Kopf—5 Kopf.

Wettersfelder-Jagdrennen. 5000 Mark, 3800 Meter. 1. Gestüt Ebbenhausen's Goldmann (Cortel), 2. Mabi (Ebler), 3. Malacaca (Cortel). Tot.: 49, Platz 13, 12, 13. Ferner: Martini (4), Biebermann II, Sperg, Wilmansdorf. ½—1½—5 L.

Wibe in Berlin.

Das Internationale Abendsportfest des Berlin-Club Charlottenburg war am Mittwoch gut besucht. Die Abwicklung des Programms war ausgezeichnet, lediglich verzögerte das vom Berbsport gestellte Rennpferd, das bei dem Hauptereignis, dem 3000-Meter-Vorgabelaufen, den schwedischen Weltrekordmann Edvin Wibe, der am Mal stand, eine Runde zu viel laufen ließ und ferner bei der Einteilung der Vorgaben den Fehler machte, die geringste Vorgabe mit 250 Meter festzusetzen, so daß Wibe fast die ganze Strecke allein laufen mußte. Es gelang Wibe dabei auch nicht, die reichlich bemessenen Vorgaben aufzuholen. Dreyer vom veranstaltenden Verein, der mit 350 Meter Vorgabe startete, kam, siegte in 9 Minuten 40 Sekunden, hinter ihm plazierten sich Zappert-B.S.C. (350 Meter Vorgabe), Wiele 11.B.S.C. (250 Meter Vorgabe), Wiele 11.B.S.C. (250 Meter Vorgabe), Wiele 11.B.S.C. (250 Meter Vorgabe), Wiele 11.B.S.C. (250 Meter Vorgabe), Wiele 11.B.S.C. (250 Meter Vorgabe). Für den Schweden wurden für 3000 Meter 9 Minuten 51,2 Sekunden gestoppt.

Das zweite wichtige Rennen des Tages war das 1500-Meter-Stafettenlauf. Es siegte die Preußen Stettin zeigte sich gleich auf den ersten Metern in charlem Zemm an die Spitze und führte sicher bis zum Ziel. Die Berliner Vereine kamen bis zu Beginn in 9 Minuten 40 Sekunden, hinter ihm plazierten sich Zappert-B.S.C. (350 Meter Vorgabe), Wiele 11.B.S.C. (250 Meter Vorgabe), Wiele 11.B.S.C. (250 Meter Vorgabe), Wiele 11.B.S.C. (250 Meter Vorgabe). Für den Schwedem

9. Juli 1925. **Deutsche Allgemeine Zeitung** Nr. 318. Beiblatt.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Der Steuerzahler und die Finanzminister.

An sich ist es gewiß ein erfreuliches Schauspiel, wenn man den bayerischen und den preußischen Minister sozusagen Hand in Hand vorgehen sieht. Wie haben über die Beschwerden, die sie gegen den Finanzausgleich vorgebracht haben, ausführlich berichtet; die Finanzminister der Länder haben sich einig in ihrer Gegnerschaft gegen die Pläne des Reichsfinanzministeriums. Aber man sollte dieses Verhältnis nicht als einen Gegensatz zwischen Reich und Ländern bezeichnen. Es ist lediglich ein Streit zwischen den Finanzministern. Es gibt da ein für alle einigendes Moment, auf das hier zu wenig hingewiesen wird: das ist der Steuerzahler. Es ist immer bestimmt Reiches hünger, es er nun insbesondere ein Preuße, Bayer oder Lippe-Detmolder ist, dessen Geldsäckel und dessen Arbeitskraft von all den verschiedenen, jetzt miteinander hadernden Steuergewalten, von Gemeinde, Land und Reich in Anspruch genommen wird.

Die Ansprüche, die an den Steuerzahler gestellt werden, sind viel zu hoch; schwer lasten sie auf allen Produktionskräften der Volkswirtschaft. Ganz gewiß wird kein einsichtiger Staatsbürger den Ländern ihr Eigenleben verkümmern und ihnen die Erfüllung ihrer Sonderaufgaben im Rahmen des Reiches, so besonders auch ihrer Kulturaufgaben erschweren wollen. Aber schließlich ist es auch eine Kulturaufgabe allerersten Ranges, den Druck der Allgemeinheit, die durch die Steuerlast in beträchtlichem Maße verschärft wird, nach Möglichkeit zu mildern. Wie weit geht diese Möglichkeit? Das Reich muß sparen, es muß mit gutem Beispiel vorangehen. Wer den Eindruck hat, daß das Reichsfinanzministerium dem Gebot der Sparsamkeit oft dem einen oder anderen Gebiete noch nicht hinreichend Rechnung trage, der muß Kritik üben und auf Besserung drängen. Aber niemand wird verkennen, daß vom Reich hierin schon viel geschehen ist und daß der Reichsfinanzminister den „Mut zur Unpopularität" bewiesen hat. Sowie man jedoch nachzuprüfen sucht, ob und wie weit Länder und Gemeinden dem Sparsamkeitsgebot nachkommen, stößt man auf Schwierigkeiten. Es ist zurzeit fast gar nicht einmal möglich, feststehende Zahlen über den Anteil zu erhalten, den Länder und Gemeinden von der Gesamtsteuerleistung für sich verbrauchen. Das Reich hat wohl das Recht, Auskünfte über diesen Verbrauch einzuziehen. Aber eine zuverlässige Statistik und die Gewähr eines ausreichenden Ueberblicks sind damit keineswegs gegeben. Es liegt also durchaus im Interesse des Steuerzahlers, wenn das Reichsfinanzministerium jetzt auf diesem Gebiet Klarheit zu schaffen trachtet. Der Steuerzahler jedenfalls soll sich nicht schrecken lassen durch die Behauptung, das Reich plane hier Kontrollneinrichtungen, die Eingriffe in die Selbständigkeit der Länder bedeuteten.

Man unterschätzt meistens die Bedeutung des Verbrauchs der Länder und Gemeinden an Steuergeldern. Eine zuverlässige Finanzstatistik dürfte also Aufklärung darüber geben, daß die Anforderungen von Ländern und Gemeinden an den Steuerzahler hinter denen des Reiches zahlenmäßig nicht zurückstehen. Dabei wird, wie heute schon klagen, der Zwang zur Sparsamkeit in Ländern und Gemeinden offenbar sehr viel weniger zwingend empfunden als im Reich. Selbstverständlich soll auch hier nicht unberechtigterweise verallgemeinert werden; unter den kleinen Ländern sind manche, die die größten Schwierigkeiten haben, ihren notwendigen Bedarf zu decken; unter den Gemeinden sind viele, die in der schwersten Not stecken; andere Gemeinden weisen einen deutlich sichtbaren Ueberfluß auf. Es gehört in den Aufgabenkreis der Länder, daß sie für ihre Gemeinden Ausgleiche schaffen; hieran hat man es vor allem in Preußen bisher fehlen lassen. Wenn jetzt das Besoldungssperrgesetz gefallen sein wird, kann legt hier die unter den heutigen Zuständen finanziell bevorzugten Gemeinden die Verlockung nahe, Gehaltserhöhungen eintreten zu lassen, die man den Beamten persönlich sicherlich gönnt, die aber doch die anderen Gemeinden, die Länder, schließlich auch das Reich nötigen würden, diesem Beispiel zu folgen und weniger sparsam zu werden, als sie es im Interesse der steuertragenden Wirtschaft zu sein die Pflicht haben. Auch hierfür liegen schon Anzeichen vor.

Die Folge all dieser unklaren Verhältnisse ist nun die, daß die Regelung der Frage der Zuschläge zur Reichseinkommensteuer bis zum 1. April 1927 hinausgeschoben wird. Bis dahin hofft die Reichsregierung die genügenden Unterlagen, die heute noch fehlen, zu erhalten. Auf folgenden Erfahrungsstatsachen wird man dann fußen können: Erstens auf einer richtigen Berechnung der Einkommen- und Körperschaftsteuer, zweitens auf dem Reichsbewertungsgesetz, drittens auf der geplanten statistischen Erhebung über die Steuereinnahmen nicht nur zum Reich, sondern auch von Ländern und Gemeinden und viertens auf einer vergleichenden Darstellung des Verbrauchs an öffentlichen Mitteln bei Reich, Ländern und Gemeinden unter Berücksichtigung der Teuerungsziffern.

Zusätzlich wird für die Frage des Anteils der Länder und Gemeinden an der Reichseinkommensteuer und an der Reichsumsatzsteuer eine Lösung schon gefunden werden. Denn die Reichsfinanzreform einschließlich des Finanzausgleichs muß unbedingt noch vor den Sommerferien des Reichstags unter Dach und Fach. Wenn bei dieser eiligen Arbeit jetzt die Minimalgrenzen aufeinander plagen, so soll man das nicht tragisch nehmen, als es nötig ist. Der Reichsfinanzminister verfiel bei seinem Drängen auf Sparsamkeit und durchsichtige Buchführung nicht den zentralistischen Ergüssen einer Bureaukratie, sondern die Interessen der Finanzkraft der Nation, die Interessen der deutschen Steuerzahler aller Länder.

Dr.

Die Lage im besetzten Gebiet.

Haushaltsberatung im Reichstag.

Das Reichstagsplenum trat nach dreiviertelstündiger Pause Mittwoch nachmittag 2¼ Uhr wieder zusammen. Vor Eintritt in die Zweite Lesung der Höfischen Dr. Weft eine längere Erklärung ab. Er wandte sich gegen die Behauptung, der große Bauernbundsführer Hellmann sei ausgeschaltet worden. Es handle sich um ein persönliches Interesse zu haben. Er erklärte, daß er gegen die beschleunigten Abgangsverfahren, Dr. Oberfohr und Rademacher Strafverfolgung wegen Verleumdung beantragt habe, daß er seinen Antrag gestern schon erhoben und daß er die Absicht gehabt habe, gemeinsam mit der völkischen Fraktion die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der Angelegenheit zu beantragen. Leider habe die deutschnationale Fraktion, die doch an der Klarstellung der Dinge ein besonderes Interesse hätte haben müssen, die erwartete Unterstützung verweigert.

Nach Genehmigung des Haushalts für den Friedensvertrag und die Kriegslasten trat man in die zweite Beratung des Haushaltsplans des Reichsministeriums der besetzten Gebiete ein. Den Ausschußbericht erläuterte der Zentrumsabgeordnete v. Guerard. Der Ausschuß schlägt eine Reihe von Entschließungen vor, in denen die Reichsregierung u. a. aufgefordert wird, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Räumung des Saarkohlenbecken und der ersten Besatzungszone eine entsprechende Verminderung der gesamten Besatzungsstärke zur Folge hat, daß die Belegung der zweiten und dritten Besatzungszone vermieden wird.

Ferner werden energische Schritte gefordert, damit die deutschen Bewohner, die durch den Betrieb der Regiesellenbahn zu Schaden gekommen sind, endlich entschädigt werden. Der Redner bedauerte die Haltung der Alliierten gegenüber dem Vorgehen der besetzten Gebiete gegenüber denen in den unbesetzten Landesteilen als auf die Dauer unerträglich. Der Gesamtbetrag der Mittelbaumittel sollen zunächst zehn Millionen zur Verfügung gestellt werden. Der Redner erinnerte daß unbesetzte Deutschland an die Pflicht, für die Nöte der besetzten Gebiete stets das notwendige Verständnis aufzubringen. (Beifall.)

Minister des besetzten Gebiete Dr. Frenken gab zunächst einen Rückblick über die bisherige Art der Verwaltung der besetzten Gebiete. Es stelle unter Zustimmung des Hauses fest, daß sich das Ministerium für die besetzten Gebiete bewährt habe. Die Bevölkerung der der besetzten Gebiete sei beispielgebend für ihre Vaterlandsliebe, und die besonderen Ministerium soll den besetzten Gebieten erhalten bleiben, solange die Verhältnisse es erfordern und es den Wünschen der Bevölkerung entspreche. (Beifall.) Der Minister wende dann sich dem Aufgabenkreis seines Ministeriums: Fürsorge für die bedrückte Bevölkerung, Behandlung von Wünschen und Beschwerden, Sorge für Entschädigung, kulturelle Aufgaben, Ermöglichung der Rückkehr der Ausgewiesenen, Behandlung der Wohnungsfrage. Der Minister hob die schwierige Wirtschaftslage der besetzten Gebiete hervor, die sich vor allem in der Zahl der Erwerbslosen äußere. Die Sitzung der besetzten Gebiet dreimal so stark wie im unbesetzten. Es müsse alles getan werden, um die wirtschaftliche Besitzfähigkeit des besetzten Gebietes der des unbesetzten anzupassen.

rer. **Breslau**, 8. 7. (Eigenbericht.) Die **Kündigung der Knappschaftsärzte** durch den oberschlesischen Knappschaftsverein ist **mit Ablauf des Kampfmaßnahme Polens** angusehen, da durch die Kündigung fast ausschließlich deutsche Aerzte um ihre Stellungen kommen.

Ein Großflugtag in England.

Von Kapitänleutnant a. D. **Günther Plüschow.**

Auf dem Londoner Flugplatz Hendon war Ende Juni, zum Abschluß der Luftübungen der britischen Luftstreitkräfte, Aufgebot im Beisein des Königs. Mit den Hunderttausenden, die vom frühen Mittag ab, in Autos, zu Fuß, auf Motor- und Fahrrädern, per Bahn, auf der Untergrund, zu mit Wagen und Pferd und selbst vorzüglich Luftschiffen hinausströmen, sag auch ich dabei. Gegen 4 Uhr nachmittags, das muß ich gestehen. Erst vor einigen Wochen war ich aus Italien nach Berlin gekehrt, extra um den „Deutschen Rundflug" als Zuschauer wenigstens mitzumachen". Nun ist mir das Glück in London hold und ich stehe mit all den übrigen erwartungsvoll, ich gestehe auch „fachsimpelnd" jetzt. Denn es ist 2 Uhr längst vorbei, um 3 Uhr sollen die Luftpiloten beginnen. Nun, wenn die 100 Flugzeuge, die angekündigt, starten sollen, dann wird es allmählich Zeit! Denn der Flugplatz von nur einem Bruchteil der Größe des Berliner Tempelhofer Feldes, liegt völlig ab und verlassen da, kein Mensch ist auf ihm zu sehen, herrliches grünes Gras, das eine dichte taufrische Decke bildet, erfreut das Auge, das ist alles. Doch halt, da im Hintergrunde deutet einen Flugzeugschuppen, es blitzt es herüber, Geräusch, ein leises Summen, Tatzen, Stoßen, Propellern. In allen Farbenmischungen schimmern es blitzt es herüber, die 100 Flugzeuge, wenn es wirklich, starten sollen, dann wird es allmählich Zeit! Denn der Flugplatz von nur einem Bruchteil der Größe des Berliner Tempelhofer Feldes, liegt völlig ab und verlassen da, kein Mensch ist auf ihm zu sehen, herrliches grünes Gras, das eine dichte taufrische Decke bildet, erfreut das Auge, das ist alles. Doch halt, da im Hintergrunde deutet einen Flugzeugschuppen, es blitzt es herüber

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Deutschland als Konkurrent auf dem Weltmarkte.

Eine Unterredung mit dem Vizepräsidenten der National City Bank.

Der Vizepräsident George E. Roberts der National City Bank of New York, die größte Bankinstitut der Vereinigten Staaten, mit Zweigbanken in allen Teilen der Welt, hat sich über das obige Thema unserem New Yorker Korrespondenten gegenüber wie folgt geäussert:

Der Welthandel leidet immer noch unter den Nachwirkungen des Weltkrieges, infolge der verminderten Kaufkraft der Nationen ist nicht genug Arbeit vorhanden, um die industrien der Welt in guter Beschäftigung wie vor dem Kriege zu erhalten. Um so schärfer ist der Wettbewerb unter den Industrieländern um das zu erlangende Geschäft, und scheint England besonders unter Verhältnissen zu leiden, die seine Konkurrenzfähigkeit in Weltmärkte beeinträchtigen. Grosse Auslandaufträge, die in Europa vergeben, die britische Industrie, insbesondere den Schiffbau, die Eisen- und Stahlfabrikation sowie die Gewebeindustrie, voll beschäftigt erhalten, fallen jetzt anderen Ländern zu, die billiger arbeiten und mit Hilfe billigeren Geldes niedrigere Preise zu offerieren vermögen. Daher ist nirgendwo Arbeitslosigkeit so weit verbreitet wie in England, und in den industriellen Kreisen daselbst herrscht starke Entmutigung. Durch Stabilisierung seiner Geldwährung hat Deutschland den Grundstein gelegt zu neuem geschäftlichen Verkehr und Wohlergehen, und wenngleich die valutaschwachen Länder Deutschland gegenwärtig zu unterbieten bemüht sind, so **wird die hohe Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie doch sich auch weiterhin bewähren.**

War doch erst kürzlich England sehr erregt darüber, dass eine britische Schiffsgesellschaft sich veranlasst gesehen hat, den Lieferungskontrakt für fünf 10 000-Tons-Motorboote einer Schiffbauanstalt in Hamburg zu übertragen. Der Kontrakt lieft in die Millionen, und da die britische Schiffbauindustrie unter grossenmässiger Arbeitslosigkeit leidet, erregte dieser Geschäftsverlust um so mehr die öffentliche Meinung. Doch die Auftraggeberin erklärte, sie sei bereit gewesen, den Bau der Schiffe irgendeinem britischen Schiffbauer selbst zu einem um 50 000 Pfd. St. höheren Preise per Schiff zu übertragen, als der von ihr ausgegebene Kontrakt bedingte; doch keiner derselben sei selbst zu diesem höheren Preise bereit gewesen, den Bau der Schiffe zu übernehmen.

Der Leiter eines britischen Schiffbauunternehmens soll erklärt haben, dass, selbst wenn er von seinen Leuten die Arbeit umsonst geliefert erhalten könnte, seine Gesellschaft doch nicht imstande gewesen wäre, ein so niedriges Preisgebot zu machen, wie es das deutsche war. Die nach seinem Schiffbauhofe gelieferten Materialien seien tatsächlich mehr gekostet haben, als der Preis war, zu dem die deutsche Konkurrenz die Schiffe vollendet zu liefern sich erboten hatte. Im dagegen konkurrierenden zu können, müssten die Löhne in allen britischen Industrien ausehnlich niedriger sein. Die Kosten der Herstellung eines Schiffes beginnen mit den für die Förderung von Kohle und Eisenerz, sie werden des weiteren durch die Kosten der Fabrikation aller erforderlichen Materialien einschliessend deren Beförderung nach dem Schiffbauhofe bedingt, und die Höhe der Lösstätte ist in jedem Falle ausschlaggebend.

Seitdem hat die Vergebung eines Kontraktes seitens der Staatsbahnen von Süd-Afrika für Lieferung von 15 Lokomotiven an die deutsche Konkurrenz, und zwar zu einem Angebot, das noch um 30 v. H. unter der niedrigsten britischen Preisofferte stand, nicht minder öffentliche Diskussion erregt. Wie hierher gemeldet, hat in der letzten Sitzung der British Coal Trade Association deren Präsident, Lord Londonderry, in Hinsicht auf die erfolgreiche deutsche Konkurrenz folgende Vorteile aufgestellt, welche die deutschen Kohlenintereszenten von denen Englands genieszen: Erstens erhalten die deutschen Kohlengräber nur etwa die Hälfte des Lohnes der britischen; zweitens sind in den deutschen Kohlenindustrie die Arbeitsstunden länger; drittens haben die Deutschen die Ausbeutung ihrer Kohlenfelder zu hoher Vollendung gebracht, und sie sind in der Lage, den einheimischen Bedarf mit Brennkohle zu versorgen. Schliesslich hat die Entwertung der Mark die deutschen Kohlengesellschaften fest gleichlich von ihren Verkriegsschulden entlastet.

Die Hauptschwierigkeit jedoch, unter denen die Industrie leidet, ist darin zu finden, dass der Verbrauch nicht der gleiche ist, wie er es vor dem Kriege war, während seitdem die Fabrikbetriebe sich zumeist erweitert haben. Neukonstruktion ist z. Zt. nicht gleich umfangreich wie damals, und bei Mangel an Arbeit für alle werden niedrige Preise offeriert, um zu erhalten, was zu erlangen ist. Die Löhne in Deutschland erlitten während des Papiergeldregimes in ihrem Kaufwert eine starke Einbusse, und wenngleich sie im Steigen sind, haben sie doch noch nicht die frühere Höhe wieder erlangt. Allein um für die Einfuhr von Auslandsbaumwolle, Baumwollrohmaterialien und Getreide, deren Deutschland benötigt, zahlen zu können, braucht es dringend Exportgeschäft, und die schlechten Zeiten in der britischen Eisen- und Stahlindustrie sind nicht auf Zunahme der deutschen Ausfuhr zurückzuführen. Die Bevölkerung der Welt ist in steter Zunahme und daher auch der Bedarf für Eisen und Stahl, aber die Preisunterbietung behindert den Warenaustausch in seiner natürlichen Entwicklung. Wäre genügend Arbeit für alle Welt vorhanden, dann würde die Preisunterbietung seitens Deutschlands und anderer Länder aufhören, denn die Arbeiter sind dasselbst ebenso darauf bedacht, gute Löhne zu erhalten, wie es die Fabrikanten sind, gleich gute Preise. wie die anderer Länder zu erzielen. Die britische Ausfuhr von Baumwollwaren ist für die ersten drei Monate d. J. der Menge nach um 25 v. H. hinter der des Vorkriegsjahres 1913 zurückgeblieben, ein weiterer Beweis für die Flauheit des Welthandels. Dagegen war diese Ausfuhr im Werte um 75 v. H. grösser, und ist die Nachfrage von dem hohen Preise wahrscheinlich mit beeinflusst worden. Vor dem Kriege fanden 30 v. H. der hier fabrizierten Maschinenwerkzeuge den Weg nach Absatz, und während des Krieges, bis zum Jahre 1922, hatte derselbe ganz aufgehört. In 1923 betrug die Ausfuhr jedoch wieder 5 v. H., und für dieses Jahr lässt sich auf eine Zunahme auf 20 v. H. rechnen, ein Beweis, dass die europäischen Industrien für mechanische Ausrüstung Geld aufwenden, in Erwartung vermehrten Geschäftes. Doch wo, wie hierzulande sich in Stadt und Land die Kosten der Lebenshaltung die industriellen Kosten zu hoch sind, verhindern sie den freien Abfluss der industriellen Erzeugnisse des Landes in die Weltmärkte.

Ich zweifle nicht daran, dass Deutschlands Industrie auf die Dauer gesunden wird, ihre frühere massgebende Stellung im Welthandel wiedererlangen und auch zu behaupten sich glaube, dass, wenn das geschieht, das niemand anderwärts Schaden bringen wird.

Deutschland fühlt wieder festen Grund unter den Füssen; für das mit dem März bedeutete Wirtschaftsjahr haben die Reparationsleistungen einkünfte in überraschender Weise die Ausgaben um 658 000 000 Goldmark oder nach diesigem Gelde um etwa 156 000 000 Dollar treffen. Es liest sich wohl annehmen, dass in Hinsicht auf die zu verzeichnenden Fortschritte die Leiter der deutschen Geschicke mehr auf Weiterführung der industriellen Wiedererholung und Stabilität der sozialen Verhältnisse sehen werden als auf Durchführung einer militaristischen Politik. Erst neuerdings ist es bekanntgeworden, dass in den Jahren seit Beendigung des Krieges, als die Entwertung der Mark einsetzte, Tausende von Kinder der zieherischen Institute in Deutschland erschöpft hatte, die hiesige Rockefeller Foundation, ein Gelehrten-organisation, die sich der erstreckendes Millioneninstitut, das Einkommen einer grossen Zahl deutscher Professoren und Gelehrten organisiert und auch vorgeschrittenen Studenten finanzielle Hilfe gewährt hat, so dass sie ihre Forscherarbeiten fortsetzen konnten und ihre Dienste der wissenschaftlichen Welt nicht verlorengingen. Ich erwähne das als einen deutlichen Beleg der weitsichtigen amerikanischen Anschauung, dass die Rücksicht, ob Feind oder Freund, nicht in Betracht kommt, sofern es sich um Wahrung von der Allgemeinheit dienenden Interessen handelt.

Währungsreform in Rumänien.

Von unserem Berichterstatter.

Hermannstadt, 1. Juli.

Nach den Erklärungen des Finanzministers Vintila Bratianu in der Kammer und gegenüber Vertretern der Presse will die rumänische Regierung eine Währungsreform durchführen. Die rumänische Volksvertretung hat in ihrer letzten Sitzung dieser Tagung die zwei Gesetze angenommen, die sich auf die Vorbereitung dieser Währungsreform beziehen. Das eine Gesetz handelt über die Liquidierung der statistischen Notenausgabe und über die Vermehrung des Metallschatzes der Nationalbank, während das andere die Verlängerung des Vorrechtes der Nationalbank zur Notenausgabe für die Dauer von dreiesig Jahren vom Jahre 1920 an enthält. Im allgemeinen ist es der Zweck dieser Massnahmen, innerhalb von fünfzehn bis zwanzig Jahren die Währung Rumäniens auf eine solche Höhe zu bringen, die der wirtschaftlichen Kraft des Landes entspricht.

Der Notenumlauf in Rumänien betrug 1680 Inagesamt 10 123 920 Lei bei einer Goldeckung von 5 975 154 Lei, und ersteres stieg denn bis zum Jahre 1918 allmählich auf 437 182 210 Lei bei einer Metallbeckung von 208 044 945 Lei, während der Diskont sich in der gleichen Zeit von 192 816 auf 307 746 901 Lei erhöhte. Während der Neutralität Rumäniens im Weltkriege wurden von der Nationalbank anfangs 1920 und später noch weiteres 100 Millionen zur Finanzierung der Getreideausfuhr flüssig gemacht. Nach dem Abschlusse Rumäniens an den Vielverband erteilte die Bank Kredite in der Höhe von 1600 Millionen Lei. Nach Kriegsende brachte die Angliederung ehemaliger ungarischer Gebiete, der Bukowina und Bessarabiens auch die Übernahme ungarischer, österreichischer und russischer Zahlungsmittel mit sich, die anfänglich, mit einem rumänischen Stempel versehen und dann im Verhältnis 1 Leu = 2 Kronen oder 1 Rubel eingetauscht wurden. Von 2 Milliarden 1920 betrug der Umsatz der rumänischen Nationalbank 19 120 285 555 Lei, denen laut amtlicher Angaben als Goldschatz gegenüberstanden 1 Goldpfd. 3 Goldbarren 8 839 732 Goldlei, Goldvorrat bei der Bank von England 98 105 800, bei der Deutschen Reichsbank 14 655 900, in Moskau 315 179 980 Goldlei und ferner bei der Reichsbank 327 Millionen, Guthaben in England und Amerika 200 Millionen in Rentenpapieren sowie Goldbesitzen 12 Millionen, zusammen 1 204 413 798 Goldlei als Vorrat. Es wäre somit, wenn man 1 Goldlei = 1 Goldleu gewärtig mit 40 Papierlei bezahlt wird, bei gleichem Kurse die Ausgabe von 40 Milliarden Papierlei möglich. Dabei wäre aber darauf hingewiesen werden, dass die Guthaben in England und Deutschland mit anderen Ländern zusammenhängen, und der Aktivposten eines Goldschatzes in Moskau ist auch etwas fraglich.

Laut den Erklärungen des Finanzministers ist der Notenumlauf der Gegenwart von zweierlei Art. Während 10.62 Milliarden Lei des Gesamtbetrages ausgegeben, ist der Rest von etwas über 8 Milliarden privaten Ursprungs. Damit nun die Notenausgabe für die Nationalbank auf einer Höhe von 25 bis 20 Jahre verschwindet und nur die Noten für den privaten Verkehr übrig bleiben, will der Staat einen „Fonds zur Liquidierung der staatlichen Emission" gründen, der seine Einkünfte aus verschiedenen Steuern und anderen Einnahmequellen, des Kassiels jetzt die Gold usw. beziehl. Die Verlängerung des Privilegs der Nationalbank zur Notenausgabe wird in einer Kapitalserhöhung der Geldanstalt verbunden. Von dem beabsichtigten 90 Millionen Erhöhung erhalten die Inhaberigen Aktionäre 30 Millionen zum Preise von 500 Lei für eine Aktie, 30 Millionen erhält der Staat und der Rest wird öffentlich aufgelegt zum Preise von 5500 Lei für einen Anteilschein.

Die Pläne der Regierung werden begreiflicherweise von allen Seiten beleuchtet, wobei politische Absichten und währungstechnische Möglichkeiten, wie es in der Natur der Sache liegt, für und wider in Erscheinung treten. Immerhin scheint man es aber zum grossen Teil nicht für ausgeschlossen zu halten, dass eine solche Reform, wie sie vorgesehen kann, schon man allerdings mit Recht fürchtet, dass der Staat bei der Begleichung seiner Verpflichtungen im Inlande einen anderen Massstab benanpruchen wird als den, der für die Schuldner des Staates gilt. Das Ausland endlich scheint sich noch nicht zusammen zu haben, obwohl die bisherigen Reisen rumänischer Staatsmänner vor der Einbrüngung der beiden Gesetze vermutlich der Beleuchtung dieser gegolten haben und die fortwährenden Nachrichten über misslungene Anleihewerbe vielfach auf die Bemühungen betrachtet werden. Dann bei allen Erwägungen scheint etwas übersehen worden zu sein: Wenn Rumänien seinen Platz als Ausfuhrland für Getreide wieder zurückerobern will, muss die Anbaufläche wieder so gross werden, wie sie in der Vorkriegszeit war. Für Rückgang ist dem Umstande zuzuschreiben, dass durch die Agrarreform viele Kleinbauern Boden erhalten, den sie mangels geeigneter Geräte und Maschinen nicht bearbeiten können, und daher als Weide benutzen. Für den Anlauf von Maschinen benehmen aber die bessere Geld, und da die Maschinen doch grösstenteils aus dem Auslande bezogen werden, sind die Preise so hoch, dass sie bei dem gegenwärtigen Stande des Leu nicht bezahlt werden können. Eine Wertbesserung würde aber in dieser Hinsicht Wandel schaffen, und deshalb ist das Bestreben der Regierung vollkommen begreiflich. Ausserdem würde sie sich aber auch die Kreditgenossenschaften erwerben und hätte bei den Wahlen, die im nächsten Frühjahre stattfinden dürften, eine gute Stütze. Ausserdem Ansehen von Handel und Industrie aber sind geteilt.

Der Kampf um den Gummipreis. Als erste Massnahme der Amerikaner zur Durchführung ihres englischen Planes über die Kautschukmärkte ist die Einlstung von Verhandlungen mit der Regierung von Liberia anzusehen, um ihr ein Gewerbe einer Konzession zu gewähren, von Kautschuk in grossem Umfange bezuwecken, und zwar in Gebieten im Innern des Tropen und Rubber Company. Diese Gesellschaft besitzt bereits eine Versuchpflanzung von 1100 acres in Liberia, die sich in Besitz der Regierung befindet. Die Regierung von Liberia wird ein Darlehn von 5 Mill. £ angeboten, um sie der Gewährung der Konzession gesagt zu machen.

Kanadas Roheisenerzeugung im Mai. Die kanadische Roheisenerzeugung belief sich im Mai auf 60 000 tons gegenüber 61 000 im April und 68 932 im März. Für die ersten fünf Monate ergibt sich eine Gesamtproduktion von 305 000 tons gegen 270 148 im Vorjahre; es also ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen.

Die gefährdete polnische Währung.

Die Ausgabe neuer ungedeckter Kassenscheine bis zur Höhe von 150 Millionen Finfsloty-Noten, ausser einer dreiviertel Milliarde, hat, wie S. Schoenberger u. Co. in seinem Osteuropa-Bericht schreibt, die Gefahr einer neuen Währungszerrüttung in bedenkliche Nähe gerückt. Die Handelsbilanz hat sich letzthin immer trostloser gestaltet, und sich der Einfuhrüberschuss für den Monat März auf etwa 69 Millionen Zloty errechnete, erklärte man von amtlicher Seite, das Ausfuhr im April sich zu Besserungen bringen werde. Nunmehr ist nach merkwürdig langen Zögern die Aprilbilanz veröffentlicht worden; sie beläuft sich auf über 98 Millionen Zloty. Die Einfuhr stellte sich auf 182,7 Millionen gegenüber einer Ausfuhr von 84,7 Millionen. Infolge der bei dieser Entwicklung unausbleiblichen ständigen Devisenabflüsse der Bank Polski und der hierdurch erforderlich gewordenen Diskontsteigerung ist begreiflich auch man sich zu einer gesetzlichen Regelung der obenerwähnten Ausgabe ungedeckter Kassenscheine verpflichtet, die Ausgabe ungedeckten Kassen in dem ungedeckten Gelde zur Betrage bis zu 100 Zloty einzuschränken. Der Staat aber ausgenommen seine Zahlungen, Beamtengehälter usw. hauptsächlich in ungedeckten Gelde leistet, ist die Erhitterung in der Öffentlichkeit dementsprechend. Es ist begreiflich zuwarten, in welcher Weise diese Inflationistische Vorgehen Polens in absehbarer Zeit auf den Ausländsmarkt des Zloty wirken wird. Auf eine Besserung der Handelsbilanz dürfte schon mit Rücksicht auf die Höhe zu bringen, die der wirtschaftlichen Kraft des Landes entspricht.

Der Notenumlauf in Rumänien betrug 1680 Inagesamt 10 123 920 Lei bei einer Goldeckung von 5 975 154 Lei, und ersteres stieg denn bis zum Jahre 1918 allmählich auf 437 182 210 Lei bei einer Metallbeckung von 208 044 945 Lei, während der Diskont sich in der gleichen Zeit von 192 816 auf 307 746 901 Lei erhöhte. Während der Neutralität Rumäniens im Weltkriege wurden von der Nationalbank anfangs 1920 und später noch weiteres 100 Millionen zur Finanzierung der Getreideausfuhr flüssig gemacht. Nach dem Abschlusse Rumäniens an den Vielverband erteilte die Bank Kredite in der Höhe von 1600 Millionen Lei. Nach Kriegsende brachte die Angliederung ehemaliger ungarischer Gebiete, der Bukowina und Bessarabiens auch die Übernahme ungarischer, österreichischer und russischer Zahlungsmittel mit sich, die anfänglich, mit einem rumänischen Stempel versehen und dann im Verhältnis 1 Leu = 2 Kronen oder 1 Rubel eingetauscht wurden. Von 2 Milliarden 1920 betrug der Umsatz der rumänischen Nationalbank 19 120 285 555 Lei, denen laut amtlicher Angaben als Goldschatz gegenüberstanden 1 Goldpfd. 3 Goldbarren 8 839 732 Goldlei, Goldvorrat bei der Bank von England 98 105 800, bei der Deutschen Reichsbank 14 655 900, in Moskau 315 179 980 Goldlei und ferner bei der Reichsbank 327 Millionen, Guthaben in England und Amerika 200 Millionen in Rentenpapieren sowie Goldbesitzen 12 Millionen, zusammen 1 204 413 798 Goldlei als Vorrat. Es wäre somit, wenn man 1 Goldlei = 1 Goldleu gewärtig mit 40 Papierlei bezahlt wird, bei gleichem Kurse die Ausgabe von 40 Milliarden Papierlei möglich. Dabei wäre aber darauf hingewiesen werden, dass die Guthaben in England und Deutschland mit anderen Ländern zusammenhängen, und der Aktivposten eines Goldschatzes in Moskau ist auch etwas fraglich.

Laut den Erklärungen des Finanzministers ist der Notenumlauf der Gegenwart von zweierlei Art. Während 10.62 Milliarden Lei des Gesamtbetrages ausgegeben, ist der Rest von etwas über 8 Milliarden privaten Ursprungs. Damit nun die Notenausgabe für die Nationalbank auf einer Höhe von 25 bis 20 Jahre verschwindet und nur die Noten für den privaten Verkehr übrig bleiben, will der Staat einen „Fonds zur Liquidierung der staatlichen Emission" gründen, der seine Einkünfte aus verschiedenen Steuern und anderen Einnahmequellen, des Kassiels jetzt die Gold usw. beziehl. Die Verlängerung des Privilegs der Nationalbank zur Notenausgabe wird in einer Kapitalserhöhung der Geldanstalt verbunden. Von dem beabsichtigten 90 Millionen Erhöhung erhalten die Inhaberigen Aktionäre 30 Millionen zum Preise von 500 Lei für eine Aktie, 30 Millionen erhält der Staat und der Rest wird öffentlich aufgelegt zum Preise von 5500 Lei für einen Anteilschein.

Die Pläne der Regierung werden begreiflicherweise von allen Seiten beleuchtet, wobei politische Absichten und währungstechnische Möglichkeiten, wie es in der Natur der Sache liegt, für und wider in Erscheinung treten. Immerhin scheint man es aber zum grossen Teil nicht für ausgeschlossen zu halten, dass eine solche Reform, wie sie vorgesehen kann, schon man allerdings mit Recht fürchtet, dass der Staat bei der Begleichung seiner Verpflichtungen im Inlande einen anderen Massstab benanpruchen wird als den, der für die Schuldner des Staates gilt. Das Ausland endlich scheint sich noch nicht zusammen zu haben, obwohl die bisherigen Reisen rumänischer Staatsmänner vor der Einbrüngung der beiden Gesetze vermutlich der Beleuchtung dieser gegolten haben und die fortwährenden Nachrichten über misslungene Anleihewerbe vielfach auf die Bemühungen betrachtet werden. Dann bei allen Erwägungen scheint etwas übersehen worden zu sein: Wenn Rumänien seinen Platz als Ausfuhrland für Getreide wieder zurückerobern will, muss die Anbaufläche wieder so gross werden, wie sie in der Vorkriegszeit war. Für Rückgang ist dem Umstande zuzuschreiben, dass durch die Agrarreform viele Kleinbauern Boden erhalten, den sie mangels geeigneter Geräte und Maschinen nicht bearbeiten können, und daher als Weide benutzen. Für den Anlauf von Maschinen benehmen aber die bessere Geld, und da die Maschinen doch grösstenteils aus dem Auslande bezogen werden, sind die Preise so hoch, dass sie bei dem gegenwärtigen Stande des Leu nicht bezahlt werden können. Eine Wertbesserung würde aber in dieser Hinsicht Wandel schaffen, und deshalb ist das Bestreben der Regierung vollkommen begreiflich. Ausserdem würde sie sich aber auch die Kreditgenossenschaften erwerben und hätte bei den Wahlen, die im nächsten Frühjahre stattfinden dürften, eine gute Stütze. Ansehen von Handel und Industrie aber sind geteilt.

Erwerbsgesellschaften.

Bergban A.-G. Präsident, Bochum. Die Generalversammlung, in der 50 277 Stammaktien und 100 000 M Vorzugsaktien vertreten waren, genehmigte die ungeänderte Reichsmarkeröffnungsbilanz, wonach das Aktienkapital auf 9 Mill. M. gegen die ursprünglich vorgesehene Zusammenlegung auf 6 Mill. M. umgestellt wird. Auf Anfrage wurde ausgesagt, dass die Gesellschaft an den Herboder Steinkohlenbergwerken mit 2 Mill. M. und an der Gewerkschaft Ost-Hannover mit 2 Mill. M. mittelbar und unmittelbar beteiligt ist. Direktor Klein aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Union, Fabrik chemischer Produkte A.-G. Berlin. In der Generalversammlung wurde beschlossen, das Stammaktienkapital von 24 Mill. M. auf 6 Mill. R.-M. umzustellen. Der Aufsichtsrat hatte beschlossen, die Aktien der Vorzugsaktien auf 150 000 R.-M. umgestellt werden sollen. Eingegen protestierte der Vertreter der Bank für Industriewerte, in dieser Besitz die Vorzugsaktien sind Der Redner machte geltend, dass das der Industrie-Fabrik gegenüber Geld einen Wert von 250 000 G.-M gehabt habe und dass dementsprechend die Bank für Industriewerte die Aufwertung der Vorzugsaktien auf 250 000 R.-M. beanspruchen müsse. Demgegenüber wurde von der Verwaltung darauf hingewiesen, dass den Inhabern der Vorzugsaktien nach dem Vertrage bei etwaigem Differenzen kein Stimmrecht zustehe. Die Aufwertung sei reichlich bemessen, und man könne sich nicht mehr weiter entgegen die Aufgabe der Vorzugsaktien. Der Oppositionsvertreter wies darauf hin, dass das Oberlandesgericht Stettin bereits in einem ähnlichen Falle entgegen der Ansicht der Gesellschaft eingeschränken und auf der anderen Seite die Ausgabe der ungedeckten Kassenscheine zu erhöhen. Während die leitenden in Danzig und in oberschlesischen Grenzgebieten, wo sie vielfach angesessen sind, kaum untergebracht werden können, tag der Zloty an den internationalen Börsenplätzen nicht nennenswert abgeschwächt.

Die Einfuhrsperre gegen Polen und die deutsche Holzeinfuhr. Dem „D. H.D." wird geschrieben: Die Einfuhrsperre gegen Polen trifft auch den deutschen Holzeinfuhrhandel. Die Holzeinkäufe werden erfahrungsgemäss im Frühjahr abgeschlossen. Die gestätigten Einkäufe können nun, nachdem die Einfuhrsperre bekannt geworden ist, naturgemäss nicht mehr rückgängig gemacht werden, so dass die Sperre den Abnehmern in Polen in das unmittelbare Zollgebiet unterbricht. Da die gekauften Holzvorräte zum grössten Teil bezahlt sind, so werden in diesem Falle die deutschen Empfängerfirmen geschädigt. Nun hat der handelspolitische Ausschuss, der sich mit der Frage der Einfuhrsperre beschäftigt, vor der Spermassenahmen zur Einfuhr in das deutsche Zollgebiet auszulassenden Sendungen ausdrücklich vorgesehen, dass die Ausnahmeregelung für Aus- und Einfuhrbewilligung ermächtigt, die in Anrollen begriffenen Sendungen dann zur Einfuhr zuzulassen, wenn die Waren tatsächlich vor dem 4. Juli 1925 zur Verladung gekommen sind. Ausserdem müssen die in Frage kommenden Firmen nachweisen, dass die verladenen Waren bereits bezahlt sind. Kann eine Quittung darüber, dass die Bezahlung bereits erfolgt ist, nicht beigebracht werden, so wird eine eidesstattliche Erklärung der einführenden Firma, dass 80 % des Wertes an den polnischen Lieferanten bereits abgeführt wurden, als ausreichend für die Erteilung der Einfuhrbewilligung angesehen werden. Der Reichskommissar soll ferner ermächtigt werden, über die zustänjigen Landesfinanzämter den Hauptzollämtern Anweisungen über die Behandlung der an der Grenze bereits angerollten Sendungen zu geben. gird.

Erweiterung der Einfuhrverbotsliste für polnische Waren. Durch eine Verordnung des Reichswohlfahrtministers, die am 13. Juli in Kraft tritt, wird die Einfuhrverbotsliste für Waren polnischen Ursprungs durch einen zweiten Abschnitt, der ausschliesslich Mineralöle und sonstige Stoffe Bestimmt, erweitert.

Ursprungszeugnisse im Verkehr nach Polen. Nach einer Mitteilung des polnischen Generalkonsulats an die Industrie- und Handelskammern des Kreises Lodz ist jetzt die Visierung von Ursprungszeugnissen aufgenommen. Diese Zeugnisse können nur von den Industrie- und Handelskammern und von einer Kapitalserhöhung der Geldanstalt verbunden. Von dem beabsichtigten 90 Millionen Erhöhung erhalten die Inhaberigen Aktionäre 30 Millionen zum Preise von 500 Lei für eine Aktie, 30 Millionen erhält der Staat und der Rest wird öffentlich aufgelegt zum Preise von 5500 Lei für einen Anteilschein.

Die Pläne der Regierung werden begreiflicherweise von allen Seiten beleuchtet, wobei politische Absichten und währungstechnische Möglichkeiten, wie es in der Natur der Sache liegt, für und wider in Erscheinung treten. Immerhin scheint man es aber zum grossen Teil nicht für ausgeschlossen zu halten, dass eine solche Reform, wie sie vorgesehen kann, schon man allerdings mit Recht fürchtet, dass der Staat bei der Begleichung seiner Verpflichtungen im Inlande einen anderen Massstab benanpruchen wird als den, der für die Schuldner des Staates gilt. Das Ausland endlich scheint sich noch nicht zusammen zu haben, obwohl die bisherigen Reisen rumänischer Staatsmänner vor der Einbrüngung der beiden Gesetze vermutlich der Beleuchtung dieser gegolten haben und die fortwährenden Nachrichten über misslungene Anleihewerbe vielfach auf die Bemühungen betrachtet werden. Dann bei allen Erwägungen scheint etwas übersehen worden zu sein: Wenn Rumänien seinen Platz als Ausfuhrland für Getreide wieder zurückerobern will, muss die Anbaufläche wieder so gross werden, wie sie in der Vorkriegszeit war. Für Rückgang ist dem Umstande zuzuschreiben, dass durch die Agrarreform viele Kleinbauern Boden erhalten, den sie mangels geeigneter Geräte und Maschinen nicht bearbeiten können, und daher als Weide benutzen. Für den Anlauf von Maschinen benehmen aber die bessere Geld, und da die Maschinen doch grösstenteils aus dem Auslande bezogen werden, sind die Preise so hoch, dass sie bei dem gegenwärtigen Stande des Leu nicht bezahlt werden können. Eine Wertbesserung würde aber in dieser Hinsicht Wandel schaffen, und deshalb ist das Bestreben der Regierung vollkommen begreiflich. Ausserdem würde sie sich aber auch die Kreditgenossenschaften erwerben und hätte bei den Wahlen, die im nächsten Frühjahre stattfinden dürften, eine gute Stütze. Ansehen von Handel und Industrie aber sind geteilt.

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse. 8. Juli.

Notierungen des Mittagsamtes. Alle Preise in Goldmark, Mark pro 100 Kilogramm, Sack frei Berlin.

	8. 7.	7. 7.		8. 7.	7. 7.
Weizen			Roggen		
Juli	263-261½	261½-51	Juli	192-190	190-89
Sept.	—	—	Sept.	193-190	190-89
Dez.	—	—	Dez.	193-190	190-89
Mehl			Roggenmehl		
Juli	30-28	28-27	Juli	26-24	24-23
Sept.	30-28	28-27	Sept.	26-24	24-23
Dez.	30-28	28-27	Dez.	26-24	24-23
Hafer			Gerste		
Juli	220-219	219	Sept.	190-188	188-87
Sept.	—	—	Dez.	190-188	188-87
Dez.	—	—	Mais		
Mehl			Juli	190-188	188-87
Juli	194½-94	193½	Sept.	190-188	188-87
Sept.	—	—	Dez.	190-188	188-87
Dez.	—	—	Raps		
Rüböl			Juli	340-335	340-335
Juli	213-214	213	Sept.	—	—
Sept.	—	—	Dez.	—	—
Dez.	—	—	Leinsaat		
Spiritus			Juli	270-268	268-67
Juli	202-201	201	Sept.	—	—
Sept.	—	—	Dez.	—	—
Dez.	—	—	Kartoffelflocken		
Kartoffelmehl			Juli	20,00-19,50	19,50-19,50
Juli	19,50-19,50	19,50-19,50	Sept.	—	—
Sept.	—	—	Dez.	—	—
Dez.	—	—	Kartoffelstärke		
Kartoffelstärke			Juli	23,50-23,00	23,00-22,50
Juli	23,50-23,00	23,00-22,50	Sept.	—	—
Sept.	—	—	Dez.	—	—
Dez.	—	—	Kartoffelflocken		
Kartoffelflocken			Juli	23,50-23,00	23,00-22,50
Sept.	—	—	Sept.	—	—
Dez.	—	—	Dez.	—	—

Die letzten amerikanischen und englischen Depeschen lassen auch am hiesigen Getreidemarkt die Forderungen wieder etwas anziehen. Für greifbare Ware besteht wohl noch weiter Interesse, aber höhere Kurse waren schwer durchzusetzen. Es bezog sich dies ebenso wohl auf ausländisches Weizen wie auch inländisches. Roggen, obwohl die unbeständig gewordene Witterung die neue Ernte ungünstiger erscheinen lässt, konnte infolgedessen die Anfangsbesserung nicht ausnutzen. Die Angebotsseite der Roggenmehl-Lieferanten gegenüber Bäckereien und Konsumenten wurde wieder etwas stärker. Die Nachfrage nach Mehl allgemein ruhig, wenn auch in prompten Roggenmehlen noch gut unterzubringen. Futterartikel still.

Berliner Viehmarkt. 8. Juli. (Amtl. Bericht). Auftrieb: 1668 Rinder, darunter 889 Bullen, 377 Kühe und Rinder, 400 Kälber, 2 Schafe, 6355 Schafe, 9979 Schweine, 25 Ziegen. — sämtliche Schweine, — Zerkl.

Preise je 1 Pfd. Lebendgewicht:

		Goldpfennige
Ochsen: vollfl. ausgemast.	von	bis
do.	58	62
do. Weidemast	—	—
do. im Alter von 4—7 Jahren	50	56
junge fleischige, nicht ausgemästete	48	48
mäßig genährte jüng., gut genährte alt.	38	45
Bullen: vollfleischige, ausgemästete	50	56
do. jüngere	50	53
mäßig genährte jüng., gut genährte alt.	45	48
Färsen: vollfleischige ausgemästete	45	61
Kühe: vollfl. ausgemästete, bis 7 Jahr.	43	50
ältere ausgemästete Kühe	35	40
mäßig genährte Kühe, Färsen	26	30
gering genährte Kühe und Färsen	19	23
gering genährtes Jungvieh	37	49
Kälber: Doppellender, feinster Mast	—	—
feinste Mastkälber	60	65
mittlere Mast- und beste Saugkälber	62	67
geringere Mast- und gute Saugkälber	58	61
geringe Saugkälber	44	51
Schafe: Mastlämmer, -jg. Hammel	48	49
flammel, geringere Lämmer	35	44
mäßig genährte Hammel und Schafe	30	35
Weidemastschafe, Mastlämmer	—	—
geringere Lämmer und Schafe	—	—
Schweine: fett 80, 320 Pfund	75	77
vollfleischige, 240—300 Pfund	75	77
do. 200—240 Pfund	73	76
do. 160—200	75	77
do. 120—160	75	77
do. unter 120 Pfund	72	76
Sauen	72	76
Eber	—	—

Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig.

Vom Berliner Fettwarenmarkt, 8. T. (Gebr. Gause.) Butter: Die Ferienwiesel machte sich bemerkbar. Die Preisgestaltung für die verbunden mit den schwächeren Tendenzmeldungen von Ausland den Markt nach unten beeinflusst. Die Notierungen der Dänemarkbutter sind weiterhin, während die übrigen inländischen Produkte unverändert infolge des grossen Bedarfes nur wenig nach hier fehern. In Dänemark erwartet man ein weiteres Abbröckeln der Notierung, worauf auch die Kaufpreise weiterhin tendieren. Am Platze bleib die Notierung am 7. d. M. noch unverändert. Die amtliche Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel ist Gebäude gemäß zu Käufers Lasten, war am 7. 7.: In Qualität 1,77 M., Versand 1,82 M. Ostpreußen und Pommern: Margarine: Geringe Nachfrage. — Schmalz: Die amerikanischen Märkte verkehrten in unverändert tendierten Ausland. Die Notierungen sind hier, der Preise kein Moment der Schwäche auftreten. Hier am Plane wird die Ware noch zu sehr niedrigen Preisen. Kleine 96—98½, abgewogen und ist nach Erschöpfung der Vorräte auf Grund der amerikanischen Forderungen mit erheblich gesteigerten Preisen zu rechnen.

Bremer Getreidenotierungen, 8. T. (Mark je 50 kg.) Futter-Weizen 9,90, Austral-Weizen 13,00, Manitoba-Weizen 14,20, Chile-Weizen 13,90, amerikanischer Roggen II 11,80, amerikan